



Die Einreichung der Erziehungs-Berichte und Vormundschafts-Rechnungen für das Jahr 1843 wird den, der Aufsicht des Vormundschafts-Gerichts untergeordneten Herren Vormündern in Erinnerung gebracht und erwartet, daß bis Ende Januar 1844 alle Berichte und Rechnungen eingehen. Nach Ablauf dieser Frist wird die anderweite Aufforderung auf Kosten der Säumigen ergehen.

Die Erziehungs-Berichte müssen vollständig und ihrem Zwecke entsprechend, zu den in der Bestallung bezeichneten Akten erstattet werden.

Die Unterschrift des Vormundes muß, außer dem vollständigen Namen und Charakter, auch die genaue Angabe der Wohnung enthalten.

Gleichzeitig wird auf die Aufforderung vom 9. August 1841 Bezug genommen, wonach über den regelmäßigen Schulbesuch der Pflegebefohlenen die Zeugnisse der betreffenden Lehrer dem Erziehungsberichte beigefügt werden müssen.

Zu den Erziehungs-Berichten erhalten die Herren Vormünder gegen Bezahlung, Formulare beim Buchhändler Herrn Aderholz am Ringe.

Die Erziehungs-Berichte sowohl, als alle übrigen Eingaben an das Vormundschaftsgericht können, — wenn nicht eine besondere Veranlassung vorliegt — ohne Adresse und unversiegelt abgegeben werden.

Breslau den 4. December 1843.

Königl. Vormundschafts-Gericht.

Uebersicht der Nachrichten.

Landtags-Angelegenheiten. Ministerialblatt des Innern. Schreiben aus Berlin. — Vom Rhein. M. von Haber in Alzei. — Nachrichten aus Frankreich, Spanien, Portugal, Großbritannien, Ostindien und China.

Landtags-Angelegenheiten.

Dem vom 30. December datirten Landtags-Abschiede für die zum siebenten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände der Rhein-Provinz entnehmen wir folgende Stellen:

I. Auf die gutachtlichen Erklärungen über die vorgelegten Propositionen.

Strafgesetzbuch.

Bei den Berathungen Unserer getreuen Stände über den Entwurf eines Strafgesetzes haben Wir den Mangel unbefangener und vorurtheilsfreier Prüfung desselben mit Mißfallen wahrgenommen. Da indessen Unsere getreuen Stände das Gutachten ihres Ausschusses über den Entwurf des Strafgesetzbuches als das ihrige angenommen und Uns vorgelegt haben, so werden Wir dasselbe in gleicher Weise, wie die der übrigen Provinzial-Landtage, bei der bereits eingeleiteten schließlichen Bearbeitung dieses wichtigen Gesetzes in reifliche und sorgfältige Erwägung nehmen.

Den Antrag aber: einen neuen, auf die französische Gesetzgebung gegründeten Strafgesetzentwurf auszuarbeiten zu lassen, weisen wir um so entschiedener zurück, da Wir es Uns zu einer Hauptaufgabe gestellt haben, deutsches Wesen und deutschen Sinn in jeder Richtung zu stärken.

Die Absicht, ein Strafrecht in der preussischen Monarchie einzuführen, welches das Gute aufnimmt, wo es sich findet, ist schon von Unserem Herrn Vaters Majestät im Landtags-Abschiede vom 26. März 1839 im rheinischen Landtage eröffnet worden. Diese Absicht ist in Uns durch den einstimmigen Wunsch aller übrigen sieben Landtage noch befestigt. Wenn übrigens Unsere getreuen Stände als Hauptgrund ihres

Antrags die Besorgniß anführen, daß die Erhebung des vorgelegten Entwurfs zum Gesetz das Bestehen des dortigen Gerichts-Verfahrens gefährden werde, so werden sich dieselben aus der beiliegenden Denkschrift Unserer Justiz-Minister überzeugen, daß diese Besorgniß unbegründet ist, wie solche denn überhaupt bei Unserem wiederholt ausgesprochenen Willen, jenes Verfahren ungefährdet zu erhalten, nicht Platz greifen kann.

Was endlich die Behauptung Unserer getreuen Stände betrifft, daß denselben die Lösung ihrer Aufgabe durch verspätete Mittheilung der Gesetz-Entwürfe erschwert worden, so geht aus dem diesem Bescheide angeschlossenen Promemoria Unseres Ministers des Innern hervor, daß dem Landtage die Gesetz-Entwürfe so früh, als es thunlich war, zugegangen sind, und daß demselben zur gründlichen Prüfung des Entwurfs die erforderliche Zeit nicht gefehlt hat.

Bergrecht.

Die gutachtlichen Bemerkungen über den Entwurf eines allgemeinen Bergrechts und der Instruction zur Verwaltung des Bergwerks-Regals werden bei der nunmehr eingeleiteten definitiven Berathung des Gegenstandes nach genauer Erwägung im allgemeinen Interesse ihre Erledigung finden. Was aber die bei dieser Veranlassung geäußerten Wünsche wegen anderweitiger Regulirung der Bergwerks-Abgaben auf der rechten Rheinseite betrifft, so müssen Wir Unseren getreuen Ständen unter Hinweisung auf den Landtags-Abschied vom 1. November 1841 (18.) zu erkennen geben, daß der Bergwerks-Zehnte — welchen Wir und Unsere Vorfahren als einen Theil des im landesherrlichen Bergwerks-Regal begriffenen Nutzungsrechts — bei dessen Ueberlassung an Privatpersonen, Uns vorbehalten haben — als eine Besteuerung des Bergwerks-Eigenthums und Bergwerks-Betriebes nicht anzusehen; — mithin der Bergwerkssteuer-Erhebung nach dem Gesetz vom 21. April 1810 nicht gegenüberzustellen — und vielmehr die ausschließliche gesetzliche Verbindung ist, unter welcher Wir, durch Verleihung auf jedesmaliges Nachsuchen, ein privatives Berg-Eigenthums- und Nutzungsrecht besonders bewilligen. Bei rechter Würdigung dieses Rechtsverhältnisses der Bergbauer aber muß nicht allein die Beschwerde über Prägravation unbegründet erscheinen, sondern auch jede vergleichende Bezugnahme auf die Bergwerks-Steuern in dem Gebiete der linken Rheinseite wegsollen.

Wir können sonach den Uns vorgetragenen Wunsch als rechtlich begründet nicht anerkennen, und muß es lediglich Unserer landesherrlichen Fürsorge vorbehalten bleiben, die Zulässigkeit einer Ermäßigung der Bergwerks-Abgaben künftig in nähere Erwägung zu nehmen.

Wenn übrigens Unsere getreuen Stände am Schlusse ihrer Adresse gegen die mögliche künftige Ausdehnung des proponirten Berggesetzes auf das linke Rhein-Ufer eine Verwahrung einlegen, obgleich ihnen eröffnet ist, daß solche nicht beabsichtigt werde, so müssen Wir diese Aeußerung als durchaus ungehörig und über die Grenzen der ständischen Befugnisse hinausgehend zurückweisen.

Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse.

Die Angemessenheit der Modificationen, welche Unsere getreuen Stände in Ansehung einzelner Bestimmungen des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar d. J. für den Fall seiner Einführung in den Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln gutachtlich beantragt haben, wird bei der weiteren Berathung des Gegenstandes geprüft, auch soll dann zugleich erwogen werden, ob dem ferneren Antrage Unserer getreuen Stände statt zu geben sei, diese Modificationen auch für diejenigen Theile der Rheinprovinz eintreten zu lassen, in welche das gedachte Gesetz, nach Anhörung der im vorigen Jahre hier versammelt gewesenen ständischen Ausschüsse aller Provinzen, bereits eingeführt worden ist.

Was die Entwicklung anbetrifft, so haben Wir bereits angeordnet, daß, sobald erst über die Wirkungen jenes die Bewässerungen betreffenden Gesetzes vom 28. Februar d. J. mehr Erfahrungen gesammelt sein werden, eine Revision des in den älteren Provinzen der Monarchie geltenden Gesetzes wegen des Wasserbaus

bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth vom 15ten November 1811 erfolgen soll.

Der hieraus hervorgehende, auf die Erfahrungen und den heutigen Zustand der Gewerbs- und Bodenkulturbelhältnisse gegründete Gesetz-Entwurf soll alsdann auch dem dortigen Landtage zur Begutachtung vorgelegt werden.

Weinsteuergesetz.

Da Unsere getreuen Stände wegen des ihnen zur Begutachtung vorgelegten Entwurfs eines neuen Weinsteuergesetzes, unter Bezugnahme auf die Denkschrift des zu seiner Prüfung vorgelegten Ausschusses, darauf angetragen haben, den Entwurf nur mit den von ihnen vorgenommenen Abänderungen zum Gesetz zu erheben, diese Abänderungen aber in ihrer vollen Ausdehnung, wegen der Verhältnisse gegen die zum Zoll-Berein gehörigen Bundesstaaten, unannehmbar erscheinen, so muß es bei den seitherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Weinsteuern sein Bewenden haben. Aus besonderer Rücksicht für die bedrängte Lage der Weinbauer wollen Wir jedoch die Befreiung des Hausstranks von dieser Steuer, nach näherer Vorschrift Unserer Ordre vom 19. Januar 1843, fortbestehen lassen.

II. Auf die ständischen Petitionen. Entwicklung des Instituts der vereinigten ständischen Ausschüsse.

Den das Wesen der preussischen Verfassung verkennenden und die im §. 49 des Gesetzes vom 27. März 1824 den Provinzial-Ständen vorgezeichneten Grenzen überschreitenden Anträgen Unserer getreuen Stände, deren Sinn es ist:

die Ausschüsse der Landtage in Reichsstände zu verwandeln, müssen Wir Unsere Genehmigung versagen.

Den Weg, welchen wir in diesem Gebiete zu gehen entschlossen sind, haben Wir mehrfach kund gethan. Auf diesem Wege werden Wir Uns durch keinerlei Bestrebungen hemmen, noch fordrängen lassen, vielmehr Versuche, welche dahin gerichtet sind, jederzeit mit Nachdruck zurückweisen.

Veränderungen in der Geschäftsordnung der vereinigten Ausschüsse, welche dazu beitragen können, deren Berathungen noch ersprießlicher zu machen, sind Wir eintreten zu lassen gern geneigt. Es bleibt aber Unserer Fürsorge vorbehalten, in dieser Beziehung die weiteren Uns zweckmäßig erscheinenden Bestimmungen auf Grund der von Uns bereits früher angeordneten Beratungen zu treffen.

Rechtzeitige Mittheilung der dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwürfe.

Auf die Bitte:

die dem Landtage zur Begutachtung vorzulegenden Gesetzentwürfe so frühzeitig als möglich jedem einzelnen ständischen Mitgliede zuzufertigen zu lassen, eröffnen Wir Unseren getreuen Ständen, daß Wir bereits die in Unserem gnädigsten Propositions-Dekrete vom 30. April 1841 ausgesprochene und unverändert fortbestehende Absicht, die Geschäfte der versammelten Landtage dadurch zu fördern und zu erleichtern, daß diejenigen Propositionen, welche einer besonders ausführlichen Erörterung bedürfen, dem Landtags-Marschall eine angemessene Zeit vor Eröffnung zugestuft werden sollen, um sie einem von ihm aus den Ständemitgliedern zu ernennenden und vorher zu versammelnden Ausschusse zur vorbereitenden Bearbeitung zu überweisen, auch für den verfloffenen Landtag durch die von Uns angeordnete Zufertigung des Strafrechts-Entwurfs und der Gemeinde-Ordnung an die zur Vorberathung derselben vor Eröffnung des Landtags versammelten Ausschüsse betheätigt haben. Eben so ist dem durch Unseren Landtags-Abschied vom 7. November 1841 genehmigten Antrage Unserer getreuen Stände, nach welchem auch den nicht zu den Ausschüssen berufenen Mitgliedern des Landtages vor dessen Eröffnung die Propositionen insoweit zugestuft werden sollen, als dies in Ansehung der einzelnen Gegenstände zweckmäßig erscheint und keine Bedenken entgegenstellen, dadurch entsprochen, daß allen Landtags-Abgeordneten gleichzeitig mit den an sie ergangenen Einberufungsschreiben, und mehrere Wochen vor der Eröffnung des Landtages,

ein Exemplar des Strafrechts-Entwurfs und der dazu gehörigen Beilagen zugefertigt und die Einsicht des Entwurfs der Gemeinde-Ordnung denselben durch dessen Abdruck allgemein zugänglich gemacht worden ist.

Die Mitglieder des rheinischen Landtages haben diese Verhandlungen eben so frühzeitig vor Eröffnung des Landtages erhalten, als die Mitglieder aller übrigen Landtags-Versammlungen.

Welche Propositionen Wir künftig geeignet erachten, um einem vor der Eröffnung des Landtages einzuberufenden Ausschusse vorgelegt und beziehungsweise auch den übrigen Landtagsmitgliedern vor der Einberufung zugefertigt zu werden, müssen Wir in jedem einzelnen Falle Unserer besonderen Entschliessung vorbehalten.

Wenn Unsere getreuen Stände für die beauftragte frühzeitige Mittheilung der Propositionen noch geltend machen, daß dadurch der Verdacht, welcher hin und wieder hervortreten könnte, als ob der späteren Zuthellung umfangreicher Arbeiten gewisse gegen das Ansehen der Stände-Versammlung gerichtete Absichten zum Grunde lägen, widerlegt werden würde, so erwarten Wir von Unseren getreuen Ständen, daß sie selbst jederzeit einem so unwürdigen Verdachte, sollte er wirklich bemerkbar werden, in der verdienten Weise entgetreten werden.

Anführung der Namen der Redner in den zu veröffentlichen Verhandlungen des Landtages.

Daß weder in den für das Publikum abdruckenden Landtags-Berichten, noch in den abdruckenden Landtags-Protokollen die Namen der Redner genannt werden, beruht nicht auf ministerieller Declaration, sondern auf Unserer ausdrücklichen Bestimmung, von der abzugehen, der Antrag Unserer getreuen Stände in der Denkschrift vom 14. Juli c. Uns nicht veranlassen kann. Die in derselben enthaltene umständliche Erörterung des auf Öffentlichkeit der Landtags-Sitzungen gerichteten Antrages, welcher die gesetzliche Majorität nicht erhalten, verleiht die Vorschrift des §. 46 des Gesetzes vom 27. März 1824.

Unser Landtags-Kommissarius wird künftig Denkschriften, in denen Anträge, welche die gesetzliche Majorität nicht erhalten haben, erörtert worden, nicht an Uns befördern.

Veröffentlichung der Landtags-Verhandlungen durch den Druck.

Die von Unseren getreuen Ständen geführte Beschwerde, daß von Unserem Landtags-Kommissarius, in Folge der ihm zugegangenen Instructionen, der Veröffentlichung des von einem Abgeordneten der Ritterschaft über den 29sten Titel des Entwurfs zum Strafrecht vorgelesenen Vortrages und des Berichtes über die neunundzwanzigste Sitzung Anstand gegeben worden ist, können Wir für begründet nicht anerkennen. — Unser Landtags-Kommissarius ist in den Grenzen seines Auftrages geblieben, wenn er hierbei die höhere Entscheidung eingeholt hat. — Seine bisherigen Befugnisse sind eben so wenig wie die Unseres Ministers des Innern durch Unseren Bescheid vom 29. Mai d. J. verändert.

Wir müssen es vollkommen billigen, daß jene Verhandlungen zur Veröffentlichung durch die Zeitungen nicht verstatet worden sind und können dem Antrage, die nachträgliche Veröffentlichung derselben zu gestatten, keine Folge geben. — Wir wollen aber auch unseren getreuen Ständen im Allgemeinen nicht vorenthalten, daß, während bei Unseren Behörden das Bestreben offenbar war, der ständischen Redaction in Beziehung auf Inhalt und Fassung der Landtags-Berichte möglichst Freiheit zu lassen und nur in den äußersten Fällen beschränkend einzutreten, die ständische Redaction nicht allein in den zu der vorliegenden unbegründeten Beschwerde Anlaß gebenden, sondern auch in mehreren anderen Fällen in Form und Inhalt jener Berichte die Grenze verkannt hat, deren Innehaltung Wir durch Unseren Bescheid vom 29. Mai c. dem eigenen Urtheil Unserer getreuen Stände vertrauensvoll überlassen hatten, weshalb Wir Uns diejenigen Bestimmungen vorbehalten, welche ähnlichen Ueberschreitungen für die Zukunft vorzubeugen geeignet sind.

Vermehrung der Zahl der Landtags-Abgeordneten im Stande der Städte und Landgemeinden.

Der Antrag: die Gleichheit der Repräsentation der Stände der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden durch Vermehrung der Zahl der Landtags-Abgeordneten für die Städte und Landgemeinden um 10 Mitglieder für jeden Stand aufzuheben, und ein zweiter Antrag:

daß die Wahlfähigkeit im Stande der Städte nicht von Entrichtung einer Gewerbesteuer abhängig sein möge,

hat die gesetzlich erforderliche Majorität von $\frac{2}{3}$ der Stimmen in der Stände-Versammlung nicht erhalten. Wenn hiernächst aber eine Sonderung in Theile, und zwar für den ersten Antrag Seitens der vereinigten Stände der Städte und Landgemeinden, und für den zweiten Antrag Seitens des Standes der Städte allein, stattgefunden hat und beide Anträge Uns in der Denkschrift vom 11ten Juni d. J. zu Unserer Entscheidung

vorgetragen sind, so lag hier kein Fall vor, bei welchem eine Sonderung in Theile überhaupt gerechtfertigt war.

Eine solche ist nach §. 47 des Gesetzes vom 27sten März 1824 zulässig, wenn durch einen Beschluß des Landtages bei der Begutachtung einer ihm vorgelegten Proposition, oder dadurch, daß derselbe mit verfassungsmäßiger Majorität eine Petition an Uns zu richten beschließt, ein Stand, dessen Interesse in diesem Falle gegen das der anderen Stände geschieden ist, sich in seinem Rechte verletzt glaubt. Dadurch aber, daß ein Antrag die verfassungsmäßige Majorität nicht erlangt, um ihn überhaupt zu einer Uns vorzulegenden Petition zu erheben, kann ein einzelner Stand sich in seinem Rechte nicht verletzt fühlen, indem der Beschluß des Landtages, die Petition nicht anzunehmen, nur die Folge hat, daß es bei dem bestehenden Zustande verbleibt.

Als Ausnahme von der Regel könnte in dem letztgedachten Falle die Sonderung in Theile höchstens dann gestattet werden, wenn dieser Antrag von einem einzelnen Stande ausginge und einen Gegenstand betreffe, bei dem das Interesse dieses Standes ausschließlich und allein betheilt wäre. Ein solcher Fall lag aber bei keinem der hier in Rede stehenden Anträge vor, indem auch die anderen Stände ein sehr nahe Interesse dabei haben, durch wie viel Abgeordnete ein jeder Stand auf dem Landtage vertreten wird und welche Bedingungen für die Wählbarkeit der Abgeordneten eines Standes, der mit den übrigen Ständen gemeinschaftlich die Angelegenheiten der Provinz auf dem Landtage beräth, erforderlich werden.

Die Petition hätte Uns hiernach, da sie die verfassungsmäßige Majorität von $\frac{2}{3}$ der Stimmen nicht erhalten, überhaupt nicht vorgelegt werden sollen.

Verpflegung der cantonnirenden Truppen.

Den Antrag Unserer getreuen Stände:

den Quartiergebern für die Mundbeköstigung cantonnirender Truppen, so wie dies für marschirende Truppen geschieht, 5 Sgr. pro Mann und Tag zu bewilligen und dagegen die Natural-Verpflegung Seitens der Militair-Verwaltung aufhören zu lassen, müssen Wir, — bei aller Anerkennung des patriotischen Bestrebens der Einsassen, den einquartierten Soldaten eine möglichst gute und die gesetzliche Verpflichtung übersteigende Verpflegung zu gewähren, — zu genehmigen Bedenken tragen, da die Verpflegung cantonnirender Truppen grundsätzlich der Militair-Verwaltung und nicht den bequartierten Gemeinden obliegt, und von letzteren daher auch nur in Fällen freiwilliger Uebersinkunft für denjenigen Geldbetrag übernommen worden ist, für welchen die Militair-Verwaltung die Verpflegung hergestellt haben würde.

Die Gewährung jenes Antrages würde somit eine bestimmte Verpflichtung zur Verpflegung cantonnirender Truppen, — die sich überdies nicht füglich für den Bereich einer einzelnen Provinz festsetzen lassen würde, — den bequartierten Gemeinden neu auflegen und dem Militair-Etat nicht unbedeutende Mehrkosten verursachen, während ein Vortheil der Communen hierbei insofern nicht abzusehen sein würde, als letztere alsdann für die Marsch-Verpflegungs-Vergütung von 5 Sgr. auch die reglementsmäßigen Sätze der Marsch-Beköstigung gewähren müßten, welche bedeutendere Ausgaben erheischen als die einfachere Verpflegung cantonnirender Truppen.

Verzugs-Zinsen des Fiskus.

Dem von den getreuen Ständen mehrerer Provinzen geäußerten Wunsch:

die durch das Gesetz vom 7. Juli 1833 festgestellten Vorrechte des Fiskus bei Zahlung von Zögerungs-Zinsen aufzuheben,

sind Wir, unter Beschränkungen, zu entsprechen geneigt, welche geeignet sein werden, die Staats-Kassen bei außerordentlichen Ereignissen vor übermäßigen Ansprüchen zu schützen.

Unser Staats-Ministerium hat den Befehl erhalten, einen dahin gerichteten Gesetz-Entwurf auszuarbeiten und zu Unserer Vollziehung vorzulegen.

Festsetzung der Entschädigung der Falliments-Agenten.

Der Antrag, nach Vernehmung der rheinischen Handelsgerichte, über die Erlassung einer Verordnung wegen Feststellung der nach den Artikeln 483 und 484 des Handelsgesetzbuchs den Agenten und Syndiken der Fallimente für ihre Bemühungen zu bewilligenden, gegenwärtig von den Handelsgerichten in jedem einzelnen Falle festzusetzenden Entschädigung zu beschließen, wird bei Gelegenheit der Revision und Uebersetzung des Handelsgesetzbuchs in Erwägung gezogen werden.

Bestrafung der Bergwerks-Contraventionen.

Aus Unserem durch die Gesessammlung bekannt gemachten Befehle vom 8. Nov. c. werden Unsere getreuen Stände entnehmen, daß Wir, ihrem Antrage entsprechend, die gegen Bergwerks-Contraventionen in dem Gesetze vom 21. April 1810 angedrohte Strafe für minder wichtige Fälle angemessen gemildert haben. Öffentliches und mündliches Verfahren in Civil- und Criminalsachen für den ostrheinischen Theil des Regier.-Bezirks Koblenz.

Auf den Antrag im ostrheinischen Theile des Reg.-Bezirks Koblenz ein öffentliches und mündliches Verfahren in Civil- und Criminalsachen einzuführen,

eröffnen Wir Unseren getreuen Ständen, daß das Ministerium für die Gesetz-Revision in Gemäßheit Unserer Ordre vom 28. Febr. v. J. beschäftigt ist, bei der bereits eingeleiteten Revision der Civil- und Criminal-Processordnungen auch die Fragen über die Verhandlung der Civil- und Criminal-Processen vor den erkennenden Richter-Kollegien, so wie die Zulassung der nicht bei dem Prozesse theilnehmenden Personen zu solchen Verhandlungen in nähere Erwägung zu ziehen und zu Unserer Entscheidung vorzubereiten.

Prüfung der in der Rhein-Provinz anzustellenden Assessoren.

Mit der Petition Unserer getreuen Stände wegen Abänderung des §. 5 der Instruction für die Immediat-Justiz-Examinations-Commission vom 8. Februar 1834 sind Wir insofern einverstanden, daß Referendarien und Assessoren aus den Provinzen, in denen das Allgemeine Landrecht gilt, insofern sie die Qualifikation für die Rhein-Provinz erlangen wollen, bei der abzulegenden dritten Prüfung nicht bloß eine allgemeine, sondern, wie es bisher schon in der That geschehen ist, eine gründliche Kenntniß des rheinischen Rechts und des rheinischen Gerichtsverfahrens auch künftig darthun sollen, und wird Unser Justiz-Minister hiernach das Weitere veranlassen.

Was die Ordre vom 14. März 1840 betrifft, wodurch denjenigen Assessoren, welche die dritte Prüfung bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission gut bestanden haben, im Fall sie später die Qualifikation für rheinische höhere Justizstellen erwerben wollen und zu diesem Zwecke ihre praktische Ausbildung bei den Gerichten der Rhein-Provinz erlangt haben, nachgelassen worden ist, die erforderliche nachträgliche Prüfung im rheinischen Recht und im rheinischen Gerichtsverfahren vor einer Prüfungs-Kommission zu Köln abzulegen, so ist dadurch eine Ungleichheit zwischen den Assessoren der Rhein-Provinz und der übrigen Provinzen, welche die getreuen Stände befragen, nicht herbeigeführt worden, da noch keinem Assessor der Rhein-Provinz, welcher die dritte Prüfung bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission für die dortige Provinz gut bestanden hat, versagt worden ist, sich in ähnlicher Weise nachträglich für die höheren Justizstellen in den übrigen Provinzen zu qualifiziren; und würde es daher wegen behaupteter Ungleichheit keiner Abänderung der Ordre vom 14. März 1840 bedürfen.

Wir haben jedoch von dieser Petition Veranlassung genommen, die Frage über die Ausbildung der Referendarien für sämtliche Provinzen der Monarchie zur näheren Berathung zu verweisen, da es Unserer landesväterlichen Gesinnung entspricht, gar keinen Unterschied in der Ausbildung der jungen Männer zu gestatten, welche künftig bei den Obergerichten als Mitglieder, Justiz-Kommissarien oder Advokaten, und welche als Staats-Procuratoren angestellt zu werden wünschen. Wir erklären zugleich, daß es Unser Wille ist, den Assessoren, welche sowohl für die Rheinprovinz, als für die Provinzen, in denen das Allgemeine Landrecht gilt, ihre Prüfung gut bestanden haben und dadurch ihre umfassendere wissenschaftliche und praktische Ausbildung an den Tag legen, eine vorzugsweise Beförderung in allen Landestheilen der Monarchie zu gewähren.

Durch diese Bestimmung erlebte sich zugleich die Petition in Beziehung auf die Anciennitäts-Verhältnisse der Assessoren und deren Beförderung, welche ohnehin zu den Gegenständen gehören, welche Wir Unserer Entschliessung, ohne den Beirath Unserer getreuen Stände, vorbehalten.

Höhere Bürgerschulen.

Dem Antrage Unserer getreuen Stände, daß

1) die Gleichstellung der vollständigen Real- und höheren Bürgerschulen mit den Gymnasien auch auf die gleiche Berechtigung zur Unterhaltung aus den Staatskassen ausgedehnt, und

2) den Real- und höheren Bürgerschulen für die Zukunft dadurch bei dem Provinzial-Schulkollegium und bei dem betreffenden Ministerium eine bessere Vertretung gewährt werde, daß jeder der beiden gedachten Behörden ein aus den Realschulen selbst hervorgegangener Beamte beigelegt werde,

können Wir aus den in der beigelegten Denkschrift Unseres Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten enthaltenen Gründen nicht entsprechen. Was insbesondere die Organisation und Zusammenfassung Unserer Behörden betrifft, so ist dies überhaupt ein Gegenstand, worauf den Ständen verfassungsmäßig eine Einwirkung nicht zusteht.

Verbesserung des Dienst-Einkommens der Elementar-Schullehrer.

Aus der von Unseren getreuen Ständen vorgetragenen Bitte,

„daß den Elementar-Schullehrern der Rhein-Provinz ein den Lokal-Verhältnissen entsprechendes Gehalt subsidair aus Staatsmitteln ergänzt werde“, haben Wir mit Wohlgefallen ersehen, daß Unsere getreuen Stände der fortschreitenden Entwicklung des für die Wohlfahrt des Landes so wichtigen Volksschulwesens und der Lage der in den Elementarschulen thätigen Lehrer ihre besondere Theilnahme zuwenden.

Unser Minister der Unterrichts-Angelegenheiten hat bereits seit längerer Zeit eine nähere Ermittlung der Besoldungs-Verhältnisse aller in dem ganzen Umfange Unserer Monarchie angestellten Elementar-Lehrer geleitet, um uns demnächst über die Art und Weise, wie in denjenigen Fällen, in welchen sich die Besoldung derselben als unzulänglich herausstellt, Abhilfe zu gewähren sein wird, Bericht zu erstatten.

Wir theilen die Ansicht Unserer getreuen Stände, daß, wie der Unterhalt der Elementar-Lehrer überhaupt, so auch die Aufbringung der mit der nothwendigen Verbesserung derselben verbundenen Kosten, zunächst den betreffenden Gemeinden obliegt, können jedoch für diejenigen Fälle, wo die Kräfte einzelner Gemeinden dazu nicht ausreichen, eine subsidäre Verpflichtung der Staatskasse nicht eintreten lassen, besonders in Erwägung des Umstandes, daß durch die Übernahme solcher Gehalts-Zuschüsse auf die Staats-Kassen auch diejenigen Provinzen und größeren Landestheile mit belastet werden würden, in welchen bereits für die Bedürfnisse des Elementar-Schulwesens ausreichend gesorgt ist.

Dagegen geben Wir uns gern der Hoffnung hin, daß, sofern Wir etwa wegen Herbeischaffung jener subsidären Mittel von Seiten der Provinz Vorschläge an Unsere getreuen Stände gelangen zu lassen uns veranlaßt sehen möchten, dieselben eine bereitwillige Mitwirkung nicht versagen, und dadurch die für die Elementar-Schullehrer in ihrer Petition ausgesprochene Theilnahme bethätigen werden.

Apotheker-Konzessionen.

Die Verfügung Unseres Ministers der Medizinal-Angelegenheiten vom 13. August 1842 in Beziehung auf welche Unsere getreuen Stände den Antrag machen, daß sie nur bei den künftig zu ertheilenden Konzessionen zur Anlegung neuer Apotheken zur Anwendung kommen möge, hat den Zweck, das bei Wiedererleihung einer zur Erledigung gekommenen Konzession zu beobachtende Verfahren ganz mit der Natur des Rechts, welches der früher konzessionirte Apotheker besitzen und der neu zu konzessionirende erwerben soll, in Uebereinstimmung zu bringen. Zugleich sollte dadurch Mißverständnissen über die Natur jenes Rechts vorgebeugt werden, welche öfters Anlaß zu für einzelne Personen sehr nachtheiligen Geschäften gegeben haben. Keinesweges ging aber die Absicht der gedachten Verfügung dahin, in denjenigen Bestimmungen irgend eine Aenderung herbeizuführen, welche die Ordre Unseres hochseligen Herrn Vaters Majestät vom 9. December 1827 zu Gunsten des Deszendenten eines konzessionirten Apothekers, oder auch Unsere eigene Ordre vom 8. März 1842 im Falle der Wiedererleihung einer erledigten Konzession an einen neuen Erwerber zu Gunsten des bisherigen Apothekers oder dessen Erben enthält.

Bei der Mannigfaltigkeit der Interessen, welche sich in der Sache berühren und neuerlich von mehreren Seiten nach verschiedenen Richtungen hin zur Sprache gebracht worden sind, hat Unser Minister der Medizinal-Angelegenheiten eine neue Erörterung der Angelegenheit in ihrem ganzen Zusammenhang, ohne jedoch das Prinzip, in Folge dessen die Apotheker-Privilegien aufgehoben worden sind, dabei irgend in Frage zu stellen, eingeleitet, wobei auch der von Unseren getreuen Ständen gemachte Antrag in Erwägung gezogen und zu Unserer Beschlußnahme vorbereitet werden wird.

Verwaltung frommer Privat-Stiftungen.

Die von Unseren getreuen Ständen in Beziehung auf die Verwaltung und Herausgabe frommer Privat-Stiftungen gemachten Anträge können Wir zur Berücksichtigung nicht geeignet finden und namentlich die Erlassung einer Declaration der auf diesen Gegenstand sich beziehenden Bestimmungen des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 an sich nicht für zulässig erachten.

Insoweit die von Corporationen oder Privatpersonen wegen solcher Stiftungen erhobenen Reclamationen im gerichtlichen oder Verwaltungswege bereits ihre Erledigung gefunden haben, kann es dabei nur überall sein Bewenden behalten. Zu einer hiervon abweichenden Behandlung des von den Ständen zur Sprache gebrachten, durch rechtskräftiges Erkenntniß Unseres Geheimen Ober-Tribunals entschiedenen Spezialfalles der Kirche zu Bellinghausen ist um so weniger Veranlassung vorhanden, als hier fideiussorisch für die fortdauernde Erfüllung der Stiftungs-Verbindlichkeiten, so weit solche unter den veränderten Verhältnissen möglich ist, bereitwillig Sorge getragen werden wird. Die etwa noch nicht erledigten Reclamationen unterliegen in den dazu gesetzlich geeigneten Fällen der Beurtheilung der Gerichte, welchen es auch überlassen bleiben muß, die bezüglich Vorschriften, welche die Normen der Entscheidung abgeben, nach den Grundsätzen und Regeln der Auslegung zur Anwendung zu bringen, welche ihnen die bestehenden allgemeinen Gesetze an die Hand geben.

Nachweis der Verwendung des Grundsteuer-Deckungsfonds.

Auf die in Beziehung auf den Grundsteuer-Deckungsfonds gemachten Anträge eröffnen Wir Unseren getreuen Ständen Folgendes:

ad 1. wegen des dem Landtage zu gewährenden Nachweises über die Verwendung des Grundsteuer-Deckungsfonds.

Es soll die dem Provinzial-Landtage nach §. 48 des Gesetzes vom 21. Januar 1839 vorzulegende Nachweisung der von dem Ursprung des Grundsteuer-Deckungsfonds an, also seit 1839, vorgekommenen Ausgaben und ferner auf den Grund der Jahres-Rechnungen so vollständig und detaillirt aufgestellt werden, als der Zweck einer klaren Uebersicht erfordert.

Das Verlangen einer förmlichen Rechnungslegung mit Beifügung der Belege geht über die Befugniß Unserer getreuen Stände hinaus.

ad 2. wegen der in Anspruch genommenen Rückgewähr der dem Grafen von Mirbach zu Harff in den Jahren 1830—1832 aus dem früheren Remissions-Fonds geleisteten Steuererstattungen.

Der ältere Remissions-Fonds hat mit dem jetzigen allgemeinen Grundsteuer-Deckungsfonds nichts weiter gemein, als daß dessen etwaige Bestände dem letzteren einverleibt worden sind. Es haben daher Unsere getreuen Stände keine Befugniß, die vor Publikation des citirten Gesetzes bewilligten Remissionen zu monitoren, und liegt deshalb kein Grund vor, die beantragte Erstattung einer aus jenem älteren Remissions-Fonds entnommenen Steuer-Remission zu versagen.

ad 3. wegen Verminderung der in dem Grundsteuer-Deckungsfonds vorhandenen Bestände.

Der §. 25 der Anweisung vom 21. Januar 1839 über das bei Verwendung des Grundsteuer-Deckungsfonds zu beobachtende Verfahren bestimmt, daß der in diesem Fonds zu erhaltende Bestand, — nicht, wie Unsere getreuen Stände annehmen, nur, sondern, daß er — wenigstens $\frac{1}{2}$ pCt. der Grundsteuer-Hauptsumme betragen soll. Es liegt im Interesse der Grundsteuerpflichtigen nicht minder als der Staatskasse, daß dieser Bestand für größere und außergewöhnliche Unglücksfälle ausreichend erhalten werde. Wir können uns daher nicht veranlaßt finden, der Absicht des Gesetzes entgegen, die großentheils aus früherer Zeit herrührenden Bestände auf jenes Minimum zu beschränken; wollen aber gestatten, daß, wo der jetzige Bestand $\frac{1}{4}$ pCt. der Grundsteuer-Hauptsumme übersteigt, der mehr vorhandene Betrag an dem Grundsteuer-Soll des betreffenden Regierungs-Bezirks pro 1845 abgeschrieben und damit den Grundsteuerpflichtigen zurückgewährt werde.

Unser Finanz-Minister ist mit den hienach ad 1 und 3 erforderlichen Anordnungen beauftragt.

Klassensteuer.

1) Dem Antrage Unserer getreuen Stände: daß die von abgehenden Einwohnern entrichtete Klassensteuer, insoweit dieselbe durch Zugang erweislich nicht ersetzt ist, von dem Kontingente der Gemeinden abgeschrieben und dem Kontingente des Regierungs-Bezirks zur Last gesetzt werde, können Wir keine Folge geben.

Einem Mißverhältnisse der Zugänge gegen die Abgänge im Laufe des Jahres, wodurch den Bürgermeistereien die Aufbringung der ihnen zugetheilten Kontingente erschwert würde, wird in dem Regulative wegen der Kontingentirung der Klassensteuer vom 2. Juni 1829 — wie die Erfahrung bestätigt, dadurch genügend vorgebeugt.

a) daß nach §. 18 a. a. D. die Steuer-Beträge solcher Besteuerter, welche, wenn sie zur ersten Haupt-Klasse gehören, den Aufenthaltsort nur innerhalb des Regierungs-Bezirks, und wenn sie zu den beiden folgenden Haupt-Klassen gehören, den Aufenthaltsort nur innerhalb der Grenzen eines Kreises wechseln, nicht in Ab- und resp. Zugang gebracht, sondern bis zu dem Ende des Jahres von den Steuer-Einnehmern für Rechnung des Steuer-Verbandes, in welchem die Besteuerung stattgefunden hat, erhoben werden, wenn eine Vorausbezahlung beim Abzuge nicht thunlich ist;

b) daß nach §. 19 ebendasselbe die wirklichen Abgänge in der ersten Hauptklasse durch Todesfälle und Verziehen aus dem Regierungs-Bezirk auf den allgemeinen Deckungs-Fonds zur Auszahlung an die Bürgermeistereien angewiesen werden;

c) daß nach §. 20 ebendasselbe den Bürgermeistereien zur Deckung der Abgänge und Ausfälle außer den Zugängen zwei Procent der Veranlagungs-Summen überwiesen sind. Dagegen würde die von Unseren getreuen Ständen beantragte Abschreibung der Steuer abgehender Personen aus der untersten Hauptklasse die kommunal-Behörden und Steuer-Empfänger mit einer ganz unverhältnismäßigen Schreiberel belasten und die Maßregel doch nur von sehr geringem Erfolg sein, da Ab- und Zugänge in diesen Klassen sich erfahrungsmäßig fast überall decken, und wo eine Differenz entsteht, solche für das laufende Jahr aus dem Bürgermeistereien-Deckungs-Fonds übertragen werden kann.

Wird aber die verhältnismäßige Gleichheit der Kontingente der Bürgermeistereien in Folge von Abgängen, welche durch Zugänge nicht ersetzt sind, dauernd aufgehoben, so muß auch aus diesem Grunde bei der nächsten anderweitigen Vertheilung dieser Kontingente eine Ausgleichung bewirkt werden.

2) Dem Antrage,

daß der zu ermittelnde Betrag an Mahl- und Schlachtsteuer, welcher von den Bewohnern des halbmeitigen Bezirks um mahl- und schlachtsteuerpflichtige Städte

entrichtet wird, von dem Klassensteuer-Kontingente abgesetzt und vorzugsweise zur Erleichterung der auf der letzten Stufe der Klassensteuer besteuerten Einwohner dieser Gemeinden verwendet werde, können Wir gleichfalls in der Art, wie er gestellt ist, nicht willfahren, da dem Wunsche, welcher Unsere getreuen Stände hierbei geleitet hat, bereits in anderer Weise entsprochen ist.

Der §. 14 des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 verpflichtet nämlich nur Gewerbetreibende, welche in den halbmeitigen Umgebungen der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte wohnen und mit mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen Handel treiben, zur Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer, ohne sie von der Klassensteuer zu entbinden. Diese gesetzliche Bestimmung ist sowohl zum Schutze der Mahl- und Schlachtsteuer, als im Interesse der Gewerbetreibenden in den jener Steuer unterworfenen Städten nothwendig. Andere Bewohner des halbmeitigen Bezirks konkurriren zur Mahl- und Schlachtsteuer nur mittelbar, insoweit als sie die steuerbaren Bedürfnisse von jenen Gewerbetreibenden beziehen, nicht aber sofern sie selbst mahlen und schlachten lassen, oder ihren Bedarf von Gewerbetreibenden außerhalb des halbmeitigen Umkreises der Stadt beziehen. Ihr Beitrag ist daher ganz von örtlichen und wirthschaftlichen Verhältnissen abhängig und kann in Zahlen nicht festgestellt und nicht erstattet werden. Indessen beruht es auf den schon bei Einführung der Klassensteuer erlassenen Instructionen, daß die, wenn auch nur mittelbar eintretende, doch nicht ganz zu vermeidende doppelte Besteuerung jener Eingefessenen durch deren ermäßigte Abschätzung bei der Klassensteuer möglichst ausgeglichen werde. Hiernach ist auch von den Regierungen vor Eintritt der Klassensteuer-Kontingentirung verfahren und daher, da das damalige Aufkommen als Kontingent angenommen wurde, durch Feststellung des letzteren die aus dem bezeichneten Grunde billig erscheinende Ermäßigung bereits eingetreten.

Es muß angenommen werden, daß auch bei der Vertheilung der Klassensteuer auf die Kreise und Gemeinden seit Einführung der Kontingentirung hierauf billige Rücksicht genommen sei; sollte dies aber irgendwo nicht oder nicht im genügenden Maße geschehen sein, so wird auf desfallsige substantiirte Anträge der Betheiligten die nöthige Remedur veranlaßt werden.

3) Dem Antrage auf Heranziehung

der Stadtbewohner zur Klassensteuer, wenn sie sich einen Monat lang in einer Klassensteuerpflichtigen Gemeinde aufhalten,

wollen Wir für die Rheinprovinz dahin nachgeben, daß Einwohner mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Städte, welche auf länger als Monatsfrist ihren Wohnsitz an einem und demselben Klassensteuerpflichtigen Orte nehmen, vom Ablaufe dieses Zeitraums an für die fernere Dauer ihres Aufenthalts an dem gedachten Orte Klassensteuer zu entrichten haben, wogegen aber auch Einwohner Klassensteuerpflichtiger Orte, welche auf länger als Monatsfrist ihren Wohnsitz in einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt nehmen, für die längere Dauer des Aufenthalts in dieser Stadt von der Klassensteuer zu befreien sind. Auch wollen Wir

4) auf den Antrag,

daß eine aus Regierungs-Beamten und Mitgliedern des ständischen Ausschusses zusammengesetzte Kommission die bisherige Vertheilung der Klassensteuer auf die Regierungs-Bezirke prüfe und die Grundlagen einer neuen Vertheilung vorlege,

genehmigen, daß eine gemischte Kommission aus Beamten und Mitgliedern des ständischen Ausschusses zusammenetrete, um zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die seit dem Jahre 1828 eingetretenen Veränderungen der Verhältnisse der Regierungs-Bezirke gegen einander — die bisherige Vertheilung des Klassensteuer-Kontingents der Provinz auf die Regierungs-Bezirke noch ferner für entsprechend, oder welche andere Vertheilung dieses Kontingents auf die Regierungs-Bezirke den jetzigen Verhältnissen derselben für angemessener zu erachten ist.

Erbschaftsstempel für die überlebenden Ehepartner.

Was die Petition Unserer getreuen Stände betrifft, zu verordnen,

daß in dem Falle, wo voraussichtlich der dem überlebenden Ehepartner, nach Vorschrift älterer Statuten zukommende Antheil der verstorbenen Ehefrau an den Mobilitäten und der Nutznießung der Immobilien nur zur Befriedigung der Hälfte der Unterhaltungs- und Erziehungskosten der aus einer solchen Ehe erzeugten Kinder, oder selbst nicht vollständig dafür ausreichen sollte, der Erstere von der Stempel-Abgabe befreit werde,

so hat dieselbe in der Hauptsache durch die inzwischen von dem Finanz-Minister getroffene Anordnung, daß der Nießbrauch-Erbschafts-Stempel vom hinterbliebenen Wittwer erst dann zur Erhebung kommen soll, wenn derselbe nach Beendigung des ihm an dem mütterlichen Vermögen seiner Kinder gesetzlich zustehenden Nießbrauchsrechts diesen Nießbrauch noch forsetzt, ihre Erledigung gefunden; auf die Aufhebung der gesetzlichen Verpflichtung des Wittwers zur tarifmäßigen Besteuerung der ihm aus dem Vermögen seiner verstorbenen Ehefrau anfallenden Substanz des Mobiliars kann jedoch, da

diese Verpflichtung ganz allgemein besteht, zu Gunsten der Bewohner der Rhein-Provinz nicht eingegangen werden.

Stempel-Freiheit der in Prozessen vorkommenden Urkunden der Gerichts-Vollzieher.

Der Antrag Unserer getreuen Stände,

daß in Zukunft alle in prozessualischen Verhandlungen bei den rheinischen Gerichten von den Gerichts-Vollziehern aufzunehmenden Urkunden für Stempelfrei erklärt werden möchten,

ist wegen der Ungewißheit des Zeitpunktes, wo die beabsichtigte allgemeine Revision des Stempelgesetzes zur Ausführung kommen wird, zum Gegenstande besonderer Erörterungen gemacht worden, welche aber noch nicht soweit gediehen sind, um darüber einen Entschluß fassen zu können.

Die definitive Entscheidung bleibt daher vorbehalten.

Herabsetzung der Gewerbesteuer der Bäcker und Revision des Gewerbesteuer-Gesetzes.

Wir haben Uns bewogen gefunden, die durch die Beilage B. zum Gewerbesteuer-Gesetz vom 30. Mai 1820, für die Gewerbesteuer-Veranlagung in den Klassen A. bis F. und in der Klasse H. vorgeschriebenen Steigefälle durch Unsere Ordre vom 24. Nov. d. J. zu vermehren; nachdem eine längere Erfahrung diese von mehreren Seiten gewünschte Maßregel als nicht bedenklich herausgestellt hatte.

Dadurch ist dem Antrage der Stände auf Bildung von Zwischenstufen für die Gewerbesteuer der Bäcker bereits genügt.

In Betreff der allgemeinen Revision des Gewerbesteuer-Gesetzes und in Ansehung des Antrages auf provisorische Herabsetzung der von den Bäckern in Orten der dritten Abtheilung nach jenem Gesetze zu entrichtenden Steuer können Wir Unsere getreuen Stände nur auf den Landtags-Abschied vom 26. März 1839 verweisen.

Lohnung der Fabrikarbeiter durch Waaren und Schenkungsbetrieb der Werkmeister.

Die Frage, ob es anrathlich sei, den Fabrik- und Brodherren durch ein Verbotsgesetz und bei Strafe zu untersagen, die von ihnen beschäftigten Arbeiter anders als in baarem Gelde zu lohnen, ist bereits früher auf Veranlassung eines gleichen Antrages Unserer getreuen Stände der Provinz Westphalen Gegenstand umfassender Erörterungen, welche sich auch über die Verhältnisse in den Rheinlanden erstreckt haben, gewesen. Nach diesen Erörterungen erscheint es sehr zweifelhaft, ob auf legislativem Wege die Absicht, die Fabrik-Arbeiter gegen Bedrückungen der Fabrikherren zu schützen, erreicht werden könne, ohne durch zu tiefes Eingreifen in die privatrechtlichen Verhältnisse der Existenz der Ersteren, besonders in Zeiten gedrückten Fabrik-Betriebes zu gefährden. Dagegen ist zu hoffen, und nach den vorliegenden Berichten auch anzunehmen, daß ein wucherisches Benehmen einzelner Fabrikherren gegen ihre Arbeiter, durch die öffentliche Meinung gebrandmarkt, dem Einfluß der allgemeiner eingeführten Fabrikgerichte immer mehr weichen und endlich ganz aufhören werde.

Sollte aber diese Voraussetzung wider Erwarten nicht zutreffen und der Mißbrauch fortbestehen oder gar noch weiter um sich greifen, so würden wir dem Antrage unserer getreuen Stände zu entsprechen nicht länger Anstand nehmen, weshalb auch Unsere Behörden den Gegenstand sorgfältig beobachten und eintretenden Falles zu Unserer Entschliessung Bericht erstatten werden.

Auch soll zur Beseitigung der durch den Betrieb des Schankgewerbes Seitens der Fabrikmeister hervorgerufenen Mißbräuche, dem Antrage Unserer getreuen Stände entsprechend, diesen Personen die Erlaubniß zu solchem Gewerbsbetriebe künftig nur ausnahmsweise, wenn das Bedürfnis auf anderem Wege nicht befriedigt werden kann, und jedenfalls mit Ausschluß des Branntwein-Schanks, ertheilt und dieserhalb von Unseren Behörden das Nöthige verfügt werden.

Beschränkung des Verkehrs der Muster-Reisenden.

Dem Wunsche Unserer getreuen Stände, daß den Uebelnständen entgegengewirkt werde, welche hinsichtlich des Verkehrs der, Behufs des Suchens von Waaren-Bestellungen und des Waaren-Auskaufs umherreisenden Personen wahrgenommen worden sind, ist durch Unsere Ordre vom 8. December d. J. entsprochen.

Schutz der inländischen Eisen-Produktion.

Die inländische Eisenproduktion ist jederzeit ein Gegenstand Unserer besondern Aufmerksamkeit und landesväterlichen Fürsorge gewesen, und es sind im Anerkennung der gegenwärtig besonders schwierigen Lage dieses wichtigen Industriezweiges mit den Regierungen der zum Zollverein gehörigen deutschen Bundesstaaten Unterhandlungen angeknüpft, um diejenigen Maßregeln zur Ausführung zu bringen, welche zu dessen Erhaltung und Förderung rathlich erscheinen.

Besteuerung des inländischen Rüben-Zuckers.

Dem Antrage,

dahin zu wirken, daß die wegen Besteuerung des im Inlande fabricirten Rübenzuckers unter den Regierungen der Zollvereins-Staaten geschlossene Uebereinkunft vom 8. Mai 1841 theilweise wieder aufgehoben werde,

ist nicht entsprechen, da die nach jener Uebereinkunft der inländischen Zucker-Fabrication zu Theil werdende Begünstigung vor dem indischen Zucker als genügend betrachtet werden muß und es hiernach an Veranlassung fehlt, die Modification eines erst vor kurzer Zeit abgeschlossenen Staats-Vertrages zu erwirken.

Ausdehnung des Gesetzes vom 17. März 1839 auf die Kommunalwege.

Dem Gesuche unserer getreuen Stände, daß die Bestimmung im §. 1. der Verordnung vom 17. März 1839, den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend, auf alle Kommunalwege, mit Ausnahme der in Gebirgsgegenden belegenen, ausgedehnt werden möge, wird insoweit entsprochen werden, als Unser Finanz-Minister, nach Maßgabe der gedachten Verordnung, die nöthigen Anordnungen treffen wird, daß solche haussieemäßig ausgebauten Kommunalwege, welche im Zusammenhange mit anderen Kunststraßen gelegen sind und von dem Ober-Präsidenten der Provinz dazu in Vorschlag gebracht werden, den Bestimmungen der Verordnung in Zukunft unterliegen. Dabei wird, wo es die Umstände erforderlich machen, dem Antrage der Stände gemäß, dafür gesorgt werden, daß dem theilhaftigen Publikum hinlängliche Zeit gelassen wird, um die in Folge jener Maßregel nöthig werdenden Einrichtungen zu treffen.

Verbindung des Rheins mit der Ems.

Die nach Maßgabe No. 29 Abschn. II. des zweiten rheinischen Landtagsabschiedes vom 15. Juli 1829 veranlaßten technischen Ermittlungen über die Herstellung einer Kanal-Verbindung zwischen dem Rhein und der Ems, in der Richtung von Emmerich nach Rheino, haben ergeben, daß die zur Ausführung dieses Unternehmens erforderlichen Mittel mit den für die Beförderung des Handels und der Schifffahrt davon zu erwartenden Vorteilen außer Verhältniß stehen.

Es kann daher dem auf Herstellung dieser Verbindung gerichteten Antrage der getreuen Stände nicht entsprochen werden.

Fortführung des Nord-Kanals.

Der von Unseren getreuen Ständen von neuem angeregten Fortführung des Nord-Kanals ist die Fürsorge Unserer Behörden unausgesetzt zugewendet. Indessen haben die bis dahin vorgenommenen Ermittlungen ergeben, daß die zunächst beabsichtigte Schiffarmachung bis Gräfrath nach den denselben zu Grunde gelegten Dimensionen einen Kostenaufwand erfordern würde, welcher mit dem davon zu erwartenden Erfolg außer Verhältniß stände. Es haben daher neue Erörterungen darüber angestellt werden müssen, ob nicht ohne wesentliche Gefährdung des Zweckes die Breite und Tiefe der Wasserstraße mit einer wesentlichen Kostenersparniß vermindert werden könne, und ist gleichzeitig darauf Bedacht genommen, eine bessere Verbindung des Kanals mit dem Rheine zu erzielen, weil von dieser der ausgedehnte Gebrauch des letzteren vorzugsweise abhängig ist. Bis zur Vollendung dieser Ermittlungen müssen Wir Uns die schließliche Entscheidung, ob der fragliche Bau auf Rechnung des Staats unternommen werden könne, noch vorbehalten.

Aufhebung des Sund-Zolles.

Die Unterhandlungen mit der königl. dänischen Regierung wegen Regulirung und Ermäßigung des Sund-Zolles haben unausgesetzten Fortgang.

Indem Wir dies Unseren getreuen Ständen auf die dahin gerichtete Petition eröffnen, machen Wir denselben bemerkt, daß ihre Annahme, als unterlägen preussische Schiffe und Waaren im Sund einer andern Behandlung, als diejenigen der meistbegünstigten Nationen, irrig ist, wie sich aus dem Artikel 4 des noch zur Anwendung kommenden Vertrages vom 17ten Juni 1818 (Gesetz-Sammlung 1818, Nr. 16) ergibt.

Lage der National-Schiffahrt.

Die Förderung der Schifffahrt Unserer Seehäfen ist ein Gegenstand Unserer steten Fürsorge, und wie von Unserer hochseligen Herrn Vaters Majestät zum Wohle dieses wichtigen Zweiges der National-Industrie sowohl durch kostbare Bauten als durch diplomatische Unterhandlungen kräftig und, nach den Nachweisungen über die inländische Rheberei, mit gutem Erfolge gewirkt ist, so werden auch Wir auf diesem Wege vorzuschreiten bestrebt sein.

Sollten Unsere getreuen Stände der Rhein-Provinz in dieser Beziehung besondere, nach §. 49. des Gesetzes vom 27. März 1824 zu ihrer Cognition gehörige Wünsche vorzutragen haben, so werden Wir solche in Erwägung nehmen und, so weit es die allgemeinen Interessen des Vaterlandes gestatten, gern berücksichtigen; der Antrag aber, Uns über die Interessen der National-Schiffahrt durch eine zu bestellende Immediat-Kommission die nöthige Information zu verschaffen, geht über die Befugnisse des Landtages hinaus und kann als unangemessen keine Berücksichtigung finden.

Errichtung eines besondern Handels-Ministeriums.

Die Förderung des Handels und der Gewerbe bildet fortwährend einen Gegenstand Unserer besondern Fürsorge und der Verhandlung der zum Zoll-Verein verbündeten Regierungen. Wenn dabei nicht alle Wünsche der Theilhaftigen berücksichtigt werden können, so werden Unsere getreuen Stände selbst ermessen, daß dies in den vielfachen Kollisionen der Interessen seinen Grund

hat und solche aus dem provinziellen Standpunkte nicht richtig gewürdigt werden können.

Die Art und Weise, wie Wir Uns in fortwährendem Kenntniß der wahren Bedürfnisse des Handels und der Industrie erhalten und die darauf bezüglichen Geschäfte führen lassen wollen, muß Unserer Allerhöchsten Entschliessung vorbehalten bleiben.

Dotation der Mitglieder der Ehren-Legion.

Auf den Antrag in Betreff der Ehren-Legionairs eröffnen Wir Unseren getreuen Ständen, daß durch den Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814 alle außerhalb Frankreichs belegenen französischen Dotationen ohne Entschädigung der ehemaligen Donatarien aufgehoben worden sind, die Mitglieder der Ehren-Legion daher keinen Anspruch auf dergleichen Dotationen ihres Ordens zu machen haben.

Ermäßigung der Porto-Taxe.

Modificationen des Porto-Regulativs vom 18. December 1824, durch welche die Anträge Unserer getreuen Stände nach Möglichkeit berücksichtigt werden, sind in der Berathung begriffen. Unsere Entschliessung ist darüber zu gewärtigen.

Bürgerliche Verhältnisse der Juden.

Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden sind bereits Gegenstand legislativer Berathungen, bei denen auch der Antrag Unserer getreuen Stände wegen Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen des Dekrets vom 17. März 1808 erwogen werden wird.

Polizei-Strafgesetzbuch-Fonds.

Bei dem Antrage,

die Polizei-Strafgelder denjenigen Gemeinden zu überweisen, in welchen die Contravention geschehen, ist von Unseren getreuen Ständen außer Acht gelassen, daß der zweite Satz des Art. 466 des dortigen Strafgesetzbuches, auf welchen sie sich gründen, bei der Einführung des letzteren nicht zur Geltung gekommen, vielmehr auch nach diesem Zeitpunkte in Betreff der Verwendung der Polizei-Strafgelder fortgesetzt nach einer älteren, den Gegenstand anders regelnden Verordnung der früheren Regierung verfahren worden ist; daß ferner eine unter dem 27. December 1822 ergangene Ordre Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät diese bisherige theilweise Suspension des gedachten Artikels 466 genehmigt hat, und daß auf Grund dieser Ordre unter dem 31. December 1822 von Unserem Ministerium des Innern eine allgemeine Verfügung ergangen ist, der zufolge die in dortiger Provinz aufkommenden Polizei-Strafgelder, so weit sie nicht einzelnen Gemeinden zur Selbstverwaltung überwiesen sind, zu kommunal-Verhältnissen verwendet und Nachweisungen darüber in den Amt-Blättern alljährlich bekannt gemacht werden. Wir haben indeß eine nähere Prüfung angeordnet, ob die von Unseren getreuen Ständen beantragte Vertheilung der Polizei-Strafgelder ohne Beeinträchtigung wichtigerer Interessen, welche darauf nach den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen mit ihrem Bedürfnisse angewiesen sind, eintreten könne, und werden demnächst Entscheidung treffen.

Bestrafung der Bettler.

Wenn der Antrag Unserer getreuen Stände, daß gegen arbeitsunfähige, mit Gebrechen behaftete und alterschwache Bettler nach der Bestimmung des §. 1. Unserer Ordre vom 31. December 1828 verfahren werde,

zunächst aus der Befürsorge hervorgegangen ist, daß solchen Individuen die erforderlichen Unterstützungen vorzuenthalten werden und dieselben dadurch zum Betteln sich genöthigt sehen möchten, so ist dieser Befürsorge bei der durch das Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege vom 31. December pr. angeordneten Fürsorge für wirklich hilfbedürftige Personen nicht Raum zu geben, keinesfalls aber Grund vorhanden, bevor die Entscheidung ein sicheres Urtheil über die Wirkungen des Gesetzes vom 6. Januar c. gestattet, die Einleitung des darin angeordneten Verfahrens gegen Bettler von der Frage, ob sie erwerbsfähig sind oder zureichende Unterstützung genießen? abhängig zu machen.

Kranken- und Unterstützungs-Kassen der Handwerks-Gesellen.

Die in der Denkschrift vom 14. Juli d. J. hervorgehobene Nützlichkeit der für Handarbeiter und Handwerks-Gesellen bestimmten Unterstützungs- und Krankenkassen würdigend, haben Wir von dem darauf bezüglichen Antrage Veranlassung genommen, darüber, ob und in welchem Umfange die Errichtung von dergleichen Kassen und eine zwangsweise Theilnahme an denselben für ein Bedürfnis zu achten, und wie unter dieser Voraussetzung der Zweck zu erreichen sei, eine nähere Erörterung anzuordnen, von deren Ergebnis Unsere Entschliessung abhängig bleibt.

Schleichhandel.

Dem Antrage, die Bestimmungen des Regulativs vom 12. Januar 1839 wegen der Paspflichtigkeit auf die wegen Schleichhandels bereits bestraften Personen zu beschränken, steht das Bedenken entgegen, daß die gegenwärtige Beschränkung des Schleichhandels eben nur durch die strenge Ausführung des Regulativs erreicht worden ist; eine Abweichung davon würde für

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

ist noch die Verschlimmerung des gegenwärtigen Zustandes besorgen lassen. Es wird daher eine Beschränkung in der Anwendung des Regulativs bis dahin ausgesetzt bleiben müssen, wo es durch längere Handhabung der jetzt bestehenden Maßregeln gelungen ist, die Mehrzahl mit dem Betriebe des Schleichhandels sich beschäftigender Individuen durch Vereitelung jenes Verkehrs zur Ergreifung eines anderen Erwerbes zu veranlassen. — Hierzu werden Vereine, wie der zu Kempten gebildete, von dessen Entstehen Wir mit Wohlgefallen Kenntniß genommen haben, besonders wirksam sein.

Nothstand der Wein-Produzenten.

Der Bitte Unserer getreuen Stände: daß eine Kommission aus Verwaltungs-Beamten und sachkundigen Wein-Produzenten gebildet werde, welche unter Vorsteh des Ober-Präsidenten der Rhein-Provinz über die Mittel zur Abhilfe oder doch zur Verminderung des Nothstandes der Winzer berathen und geeignete Vorschläge machen solle, wollen Wir gern stattgeben und werden demgemäß Unsere Minister der Finanzen und des Innern beauftragen, die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Landwirtschaftliche Lehr-Anstalten.

In Anerkennung des Bedürfnisses, den Betrieb der Landwirtschaft in allen Theilen der Monarchie durch Errichtung von Ackerbauschulen und höheren landwirtschaftlichen Lehr-Anstalten noch mehr zu fördern und zu beleben, haben Wir uns bereits umfassende Vorschläge hierzu vorlegen lassen, bei deren fernerer Erwägung Wir das Gesuch Unserer getreuen Stände um Errichtung einer solchen Anstalt in der Rhein-Provinz den Umständen nach gern berücksichtigen werden.

Lage des Ackerbaues in Bezug auf den Verkehr mit dem Auslande.

Anlangend den Antrag, durch eine Immediat-Kommission im allgemeinen Staats-Interesse die ungünstige Lage des Ackerbaues in Bezug auf den Verkehr mit dem Auslande untersuchen zu lassen, so verweisen Wir zunächst auf Unsere Schlussbemerkung in dem Bescheide zu II. Nr. 53.

Uebrigens haben Unsere getreuen Stände einen bestimmten Antrag darüber, was zur Beseitigung der angeblichen ungünstigen Lage des Ackerbaues geschehen möge, nicht gestellt und es gänzlich unterlassen, ihre Ansichten in Bezug auf das Bedürfnis und Interesse der Provinz speziell zu begründen.

Feldpolizei-Ordnung.

Bei der im Werke begriffenen und unter Berücksichtigung der Petitionen mehrerer anderer Provinzial-Landtage thunlichst zu beschleunigenden Bearbeitung einer Feldpolizei-Ordnung zum Schutze der Fluren vor Hütungsfeuern und anderen Beschädigungen, soll erwogen werden, inwiefern die in den auf dem linken Rhein-Ufer geltenden Rural-Gesetzen vom 28. September und 6. October 1791 und 10. August 1796 enthaltenen Bestimmungen zu modifiziren und in die für die Rhein-Provinz zu erlassende Verordnung aufzunehmen sein werden.

Schließlich geben Wir Unseren getreuen Ständen zu erkennen, daß nach den ständischen Gesetzen die Beziehung der Provinzial-Landtage zu den Kommunen, Corporationen und Eingepfarrten der Provinz sich auf die Entgegennahme von Petitionen oder Beschwerden beschränkt, welche in dem in den gedachten Gesetzen vorgeschriebenen Wege durch Mitglieder des Landtags an denselben gelangen müssen. Wenn daher der Landtag bei seiner letzten Versammlung mehrfach unmittelbar an ihn gerichtete Dank-Adressen aus einzelnen Städten angenommen hat, so ist hierdurch von demselben in zweifacher Hinsicht gefehlt worden, indem diese Adressen weder Petitionen noch Beschwerden enthielten und die Stände-Versammlung, durch die unmittelbare Annahme, der Bestimmung des § 51 des Gesetzes vom 27. März 1824 zuwider handelte.

Inland.

Berlin, vom 9. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem hiesigen praktischen Arzte Dr. Rosenstiel und dem Hof-Medikus Dr. Kummel zu Charlottenburg den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwern ist nach Dresden abgereist.

Die heute ausgegebene Nr. 13 (vom 22. December) des Ministerialblattes für die gesammte innere Verwaltung enthält unterm 13. November einen Bescheid von Seiten des Ministers des Innern, Grafen v. Arnim, welcher die Bedenken eines städtischen Magistrats gegen die Wahlfähigkeit eines in Kriminal-Untersuchung befangenen und nur vorläufig freigesprochenen Kaufmanns zum Stadtverordneten für unbegründet erklärt, weil die Bestimmung des § 21 der Städte-Ordnung, nach welchem jedem in einer Kriminal-Untersuchung nur vorläufig Freigesprochenen

das Bürgerrecht versagt werden kann, auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finde, da der zum Stadtverordneten erwählte Kaufmann bereits früher das Bürgerrecht erlangt habe, und weil im Uebrigen bei der fraglichen Wahl alle gesetzlichen Vorschriften befolgt worden wären. Die übrigen Verfügungen sind u. a.: Vom 29. Septbr. Den zur Extrapost nicht berechtigten Beamten steht bei Amtstreifen keine Vergütung für Nebenausgaben zu. — Vom 14. Octbr.: die Beiträge zur Wittwenkasse von den Befoldungen suspendirter Beamten werden vorweg entrichtet und verbleibt ihnen die Hälfte des Ueberschusses. — Vom 13. November: die Wahl der Magistratspersonen bei Stimmenmehrheit steht nur der Regierung zu. — Vom 25. November. Der sogenannte nothdürftigste Unterhalt für die suspendirten Communal-Beamten ist auch denen, die einiges Vermögen besitzen, zu gewähren. — Vom 11. Novbr. Die Verwendung der für Paßkarten zu Reisen auf den Eisenbahnen aufkommenen Gebühren ist dieselbe, wie die der Paßausfertigungsgebühren. — Vom 6. Novbr. Transportkosten für die aus fremden Staaten ohne die öffentliche Requisition ausgewiesenen preussischen Unterthanen werden dießseits nicht vergütet. — Vom 22. Novbr. Die Anschaffung von Unterröcken für die weiblichen Gefangenen in den Strafanstalten soll hinsichtlich etatsmäßig sein: 24 Sgr. 8 Pf. pro Unterrock; der Unterrock hält zwei Jahre aus. — Vom 25. Novbr. Zersplitterte Planlagen bei Gemeintheitstheilungen sind unzulässig. — Vom 20. October. Mittheilung des Gutachtens des Landes-Ökonomie-Collegiums über die Schädlichkeit des sogenannten Mutterkorns im Roggen. — Vom 27. Juni. Lokale für Kleinkinder-Bewahranstalten sind grundsteuerfrei. — Vom 23. August. Bei Uebergangs-Abgaben-Ertragsgeldern werden keine Denuncianten-Antheile mehr gewährt. — Vom 18ten September und 31. October. Zur Revision vorzuzuführende Mobilmachungspferde und Landwehr-Übungs- und Begleitpferde haben kein Chausséegeld zu zahlen. — Vom 14. November. Wenn Landwehrmänner bei Aufenthaltsveränderung die Ab- und Anmeldung unterlassen, so haben sie nur die einfache Strafe zu erlegen. — Vom 21. August. Bei der Anstellung von Magistratspersonen als Gewerks-Äffessoren soll die unmittelbare Sporeterhebung wegfallen, dagegen kann allenfalls eine erhöhte fixe Befoldung gewährt werden. — Vom 28. Septbr. Es kann fortan keinem Kandidaten der Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, Zahnarzneykunst und Pharmacie erlaubt sein, eine Prüfung, in welcher er nicht bestanden, vor einer anderen, als derjenigen Prüfungsbehörde, vor welcher er das erste Mal geprüft worden, zu wiederholen.

*** Schreiben aus Berlin vom 8. Januar. — Während die Zusammenkünfte von Studirenden jetzt ihren ruhigen Fortgang nehmen, hat in der vorigen Woche hier eine Versammlung stattgefunden, deren beabsichtigter Wiederholung vermuthlich kein Hinderniß in den Weg gelegt werden wird; die Altmeister sämtlicher hiesigen Gewerke nämlich sind zusammengetreten um zu berathen, wie der zunehmenden Verwässerung in Ausübung der Gewerbe wohl zu steuern sei, und auf welche Weise man es zu einer zweckmäßigen Gewerbe-Ordnung bringen möchte. Von Zunftzwang oder ähnlichen Beschränkungen der bestehenden Gewerbefreiheit ist hierbei keineswegs die Rede. Nach der ersten Zusammenkunft, in der eine vorgelegte Petition an Se. Majestät der König von sämtlichen Anwesenden unterschrieben wurde, hat man dem Magistrat die Anzeige gemacht, daß es der Wunsch und die Absicht der Vorstände sämtlicher Gewerke wäre, so lange, bis die vorliegende Frage erledigt wäre, ihre zeitweiligen Zusammenkünfte fortzusetzen und aus ihrer Mitte eine Commission zu ernennen, die sich mit der in Frage stehenden Aufgabe vorzugeweihe beschäftigen sollte. Es liegt in diesem Ereignis gewiß ein deutliches Zeichen von den Bedürfnissen unserer Gegenwart und dem darüber immer klarer hervortretenden Bewußtsein. — In Folge der Wiederbelebung des Schwanenordens ist schon eine Broschüre hier erschienen, welche in kurzer Uebersicht die Geschichte, Statuten und Bedeutung des Ordens angiebt und zugleich eine colorirte Abbildung der alten Insignien ihren Lesern liefert. Ihre eigene Zweckmäßigkeit bei der gegenwärtigen Wiederbelebung des Ordens motivirt diese kleine Schrift in folgender Weise: „Sie wird um so nöthiger sein, als sehr Viele, ja vielleicht die Meisten, welche jetzt von dem Schwanenorden hören, bisher nichts Genaueres von demselben gewußt haben. Das ist freilich sehr verzeihlich. In den Geschichtsbüchern geschah seiner nur oberflächlich Erwähnung, und man hegte, weil es an Material zur genaueren Kenntniß desselben fehlte, auch kein Interesse für ihn. Erst im Jahre 1842 hat der Freiherr Rudolph, Maria Bernhard von Stillefried-Rattonitz die über den Orden vorhandenen Urkunden und Denkmale zusammengestellt und herausgegeben, und auch dieses Werk, welches den Titel führt: „Stammbuch der löblichen Ritterschafft Unserer lie-

ben Frau auf dem Berge bei Alt-Brandenburg, oder Denkmale des Schwanenordens“ ist nur der Vorkäufer einer größern Geschichte dieses Ordens, welche der Prof. H. H. herausgeben wird.“ Aus dem erwähnten Buche ist hier nur die Urkunde des alten Ordens gezogen, die Geschichte desselben übersichtlich dargestellt, so daß sich jeder leicht über die wesentlichsten Punkte, worauf es bei dieser Tagesfrage ankommt, aus dem Schriftchen unterrichten kann. — Die Landtagsabschiede erregen deshalb, weil die Einsichtigeren keine andere Abfassung derselben, als die jetzt vorliegende, erwartet haben, keine besondere Aufmerksamkeit. — Aus der schon längst hier beabsichtigten Zeitschrift derjenigen Hegeliker, welche aus der Gesellschaft der Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik ausgetreten sind, weil diese Zeitschrift vollkommen ihren ursprünglichen Charakter aufgegeben hat, wird, wie man hört, wohl gar nichts werden, da den Theilnehmern die ziemlich bestimmt ausgesprochene Forderung entgegen gestellt ist, sie möchten von ihrem Vorhaben freiwillig zurücktreten. — Es ist jetzt der Plan, welcher freilich schon seit längerer Zeit betrieben wurde, seiner Realisation um ein gut Theil näher gerückt, die Ernennung der Privatdocenten an den einheimischen Universitäten einzig und allein von dem Minister, ohne jede Concurrentz der begünstigten Fakultäten abhängig zu machen. — Vor einigen Tagen war hier das Gerücht, König Ludwig Philipp sei plötzlich gestorben, allgemein verbreitet, ohne bis jetzt aber seine Bestätigung erhalten zu haben. — An unsern Kinderwarte-schulen haben sich in der letzten Zeit mehrere Uebelstände herausgestellt. Diese Schulen werden jetzt häufig von bemittelten und wohlhabenden Familien benutzt, die gegen ein Honorar von fünf Silbergroschen monatlich denselben ein Kind anvertrauen dürfen; dadurch werden die bestehenden Schulen so überfüllt, daß sehr oft der Fall eintritt, daß arme, hilflosbedürftige Eltern für ihre Kinder kein Unterkommen darin finden können, obwohl für diesen Zweck gerade jene Anstalten eingerichtet und verhältnismäßig ansehnliche Beiträge eingesammelt werden. Ein anderer Uebelstand besteht darin, daß die Leiter solcher Anstalten oft wohl grade nicht im Stande, die kleine Jugend auf andere Weise zu beschäftigen, das Gedächtniß der Kinder, die kaum deutlich zu sprechen vermögen, mit unendlich langen geistlichen Liedern und Gebeten anfüllen und dadurch offenbar der geistigen Entwicklung dieser Kinder einen unberechenbaren Schaden zufügen.

(Börsennachr. d. Ostsee.) Von vielen Seiten ist die Bitte zum Fuße des Thrones gelangt, daß es Se. Majestät dem Könige gefallen möge, ein eigenes Ministerium für den Handel — unabhängig vom Finanzministerium — in Preußen zu errichten. Nun wohl, diese Bitte ist erfüllt worden, da auf Befehl Se. Majestät des Königs das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten fortan in zwei Abtheilungen zerfallen soll, und zwar: Abtheilung für die auswärtigen Angelegenheiten und Handels-Ministerium. Diese neue, so lange ersehnte Behörde wird in Herrn von Rönne, unserem bisherigen Minister-Residenten bei den nordamerikanischen Freistaaten, einen eben so kenntnißreichen, als aufgeklärten und freisinnigen Chef erhalten, und an dessen Stelle ein Rath der Regierung von Potsdam die Interessen Preußens jenseits des Oceans vertreten. Wie wir hören, wird in jeder Handelsstadt ein Comité des Kaufmannsstandes gewählt werden, um direct mit dem neuen Ministerio zu conferiren. — Es ist kein Zweifel, daß Preußens Handelsstand dem ihm so geschenkten Vertrauen entsprechen und mit Freisinnigkeit und Aufrichtigkeit die kranken Stellen des Handels ausbeden werde, damit die neue Behörde, im Verein mit den Comité's, wirklich Segensreiches wirken könne.

(Magdeb. Z.) Wie verlautet, hat das Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten den Universitäts-Corporationen einen Vorschlag, als dessen Urheber man den Herrn v. Schelling bezeichnet, zur Begutachtung vorgelegt, wonach die akademischen Vorlesungen in der Art umgestaltet werden sollen, daß nicht, wie bisher, von den Studirenden bloß gehört, respektive nachgeschrieben werde, sondern dieselben über das Gehörte auch befragt, d. h. examinirt werden sollen. Daß damit die Ertheilung von Censuren an die Studirenden und ein systematisches Beaufsichtigen des Besuches der Collegien zusammenhängt, ist eben so leicht einzusehen, als daß die consequente Handhabung eines solchen Systems zuletzt auf die Fixirung von abgeschlossenen Lehrkursen, die durchgemacht werden müssen, ehe die Studirenden zu anderen zugelassen werden, und endlich zur Einführung von approbirtten Compendien, also zur Aufhebung der bisher bestanden Hörs- und Lehrfreiheit führen würde, und Professor Walter würde, Falls dieser Vorschlag zur Ausführung käme, mit Recht von einer Herabdrückung der Universitäten zu Gymnasien sprechen. Indessen hört man, daß bereits von einigen Universitäten, und namentlich vorder Berliner, im entgegengegesetzten Sinne berichtet worden sei, und wir düt-

fen hoffen, daß den Universitäten das Palladium der Hörs- und Lehrfreiheit und damit ihr wesentliches Charakter nicht entzogen werde. Es ist dies eine Sache der ernstesten Erwägung werth und von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Zukunft im deutschen Volke.

Deutschland.

Vom Rhein, vom 2. Januar. (Köln. Z.) Nach Briefen aus den englischen Fabrikdistrikten sind in Folge der starken Ausfuhr nach Deutschland, Rußland, Ostindien und China alle größeren Zwischenvorräthe geleert. Viele Fabrikanten haben bereits große Bestellungen für das nächste Jahr auch aus Deutschland erhalten. Die Annahme, daß der Zollverein die Eingangsabgaben auf diesen Artikel erhöhen werde, ist gänzlich verschwunden. Die Garnplannerei gewinnt mit jedem Tage mehr an Ausdehnung, da man findet, daß sie trotz der niedrigen Preise fortwährend einen sehr respectablen Gewinn abwirft.

Aus Schleswig-Holstein, vom 2. Januar. (D.-P.-A.-Z.) — Die gerichtlichen Untersuchungen bei den beiden Dragoner-Regimentern der Herzogthümer nahen sich ihrem Ende, und wie die Urtheile gefällt werden, gelangt man auch zur authentischen Kunde des Vorgefallenen. Die beim ersten Dragoner-Regiment während des Dienstes in Altona vorgefallenen Excesse bestanden demnach besonders darin, daß eine Anzahl Gemeine auf etwas tumultuarische Weise ihre Ablösung verlangten. Ungefähr 20 davon sind verurtheilt, 24 Stunden krumm geschlossen zu werden, die Rädelsführer aber zu 20 Tagen Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod. Ueber ein paar andere, welche sich an einem Corporal thätlich vergrißen, ist das Urtheil noch nicht gefällt worden, und wünscht man darüber wohl erst eine höhere Meinung zu wissen. Somit wäre diese Sache so gut als abgemacht und es bleibt denn noch die Aburtheilung der allerdings viel bedeutenderen des zweiten Dragoner-Regiments zu Ikehoe übrig.

Alger, vom 5. Januar. (D.-P.-A.-Z.) — Moris v. Harer, Guier des im Duell bei Worms g. bliebenen v. Sarachaga, hat sich gestern bei dem hiesigen Gerichte, in Begleitung seiner beiden Secundanten, sistirt. Nachdem diese Herren die vom Gesetze bestimmte Caution gestellt hatten, wurden sie noch am selben Tage aus dem Detentionsverhafte freigegeben. Mit großer Spannung sieht man der demnächst hier stattfindenden öffentlichen Gerichtsverhandlung über jene in ganz Europa Aufsehen erregende Streitsache entgegen.

Oesterreich.

† Schreiben aus Wien, vom 7. Januar. — Witzere Briefe aus Görz von neuerem Datum berichten eine abermalige Verschlimmerung in dem Zustande des Herzogs von Angoulême, so zwar, daß man nur wegen Erhaltung dieses Prinzen sehr besorgt ist. — Aus Mainz hat man hier die Anzeige erhalten, daß daselbst vor Kurzem der k. k. Generalmajor in Pension, von Budna, gestorben ist.

Frankreich.

Paris, vom 3. Januar. — Die Journale geben heute die Verhandlungen in der Pairs- und Deputirtenkammer über die Wahl der Adresscommission, mit einer überausgroßen Ausführlichkeit. — Von nachträglichen Interesse wären allenfalls die Verhandlungen im 7ten Bureau, wo Thiers und Guizot einander gegenüberstanden. Der erstere erklärte sich für einen entschiedenen Gegner der Thronrede. Er nahm das Wort über die englische Alliance; man müsse, bevor man sich über eine so ganz vollständige Einigkeit ausspreche, diese Frage doch sehr genau betrachten, denn die Erfahrung habe gelehrt, vorsichtig zu sein. Man müsse prüfen, ob es dem Ministerium nicht möglich sei, einige Genugthuung für die Rechte des Landes zu erhalten, die der Würde Frankreichs und der Kammer gemäß sei. Bevor man sich über das Verhältniß entscheide und ausspreche, müßten die nationalen Forderungen Genugthuung erhalten. Das Durchsuchungsrecht ist hauptsächlich mit diesen Andeutungen gemeint; vielleicht aber auch die Regulirung des Zolltarifs. — Herr Thiers fragte weiterhin auch noch, ob in den neuen Projekten über den öffentlichen Unterricht auch die Angelegenheit der kleinen Seminare ins Klare gebracht sei, denn dies müsse man bei dem so höchst wichtigen Streit zwischen Kirche und Universität durchaus wissen, bevor man sich in der Adresse ausspreche. Herr Guizot zeigte sich bereit auf diese Fragen zu antworten. Es sei, was England anlange, nicht mehr von einer Alliance, sondern von einem herzlichen Vernehmen die Rede. Wegen des Untersuchungsrechts würden die Unterhandlungen fortgesetzt. — Was die kleinen Seminarien anlangt, so erklärte der Großfiscalsbewahrer Hr. Martin du Nord, daß er über diesen Punkt vorläufig noch schweigen müsse. Hr. Thiers zeigte sich nicht sehr zufrieden mit diesen Antworten, und behielt sich das Weitere für die Discussion in der Kammer vor. Bemerkenswerth ist es aber, daß er bei der Wahl zum Commissair für die Adresse nur 16 Stimmen hatte, während der Kandidat des Ministeriums Hr. Baume 23 erhielt.

Es ist ein Gerücht im Umlauf, daß das Ministerium von Neuem geändert werden soll. Man sagt,

Molé, Dupin und Thiers verständigten sich jetzt untereinander, um ein neues Cabinet zu bilden; Thiers würde alsdann das Portefeuille des Innern und Molé das des Aeußern erhalten.

Hr. Guizot hat durch seine geistige Erwiderung auf die Interpellation des Hrn. Thiers das Gerücht von der Absondierung des Cabinets von St. Petersburg in der griechischen Frage bestätigt.

Man sagt, das Londoner Cabinet bringe in Marie Christine, ihre Rückkehr nach Spanien zu beschleunigen, während das Tuilerien-Cabinet anderer Seits ihr rathet, den Augenblick ihrer Abreise so lange als möglich zu verzögern.

Ein Theil des Gepäcks der Königin Christina ist bereits nach Spanien abgegangen. Am 7ten will die Königin selbst abreisen.

Spanien.

Madrid, vom 28. December. (D.-P.-A.-Z.) — Ueber die Intentionen des Cabinets weiß man nichts weiter, als was schon gestern berichtet wurde; man ist nur der Meinung, daß die Regierung nicht bloß hinsichtlich der Apuntamientos und der Nationalgarde Verfügungen treffen, sondern auch die Pressfreiheit unterdrücken und die Censur herstellen werde. — Narvaez hat an dem Tage der Aufhebung der Sitzungen des Congresses eine sehr lange Conferenz mit dem Grafen Bresson gehabt. — Man erwartet hier den päpstlichen Nuntius in Portugal, Cappacini, der Aufträge im Interesse des Vermählungsprojectes der Königin mit dem Grafen Trepani haben soll; — Andere glauben, er habe Aufträge bezüglich der kirchlichen Angelegenheiten in Spanien. — Madrid ist ruhig, die Bewegung über den Erfolg der Maßregeln des Cabinets ist nur in den politischen Salons bemerkbar. Ein Theil der Presse findet das Benehmen der Regierung tyrannisch, ein anderer Theil findet es gemäßigt, weise und gerecht. Die Deputirten halten Versammlungen, die Opposition bei de las Navas, die übrigen bei Carrizueri, der einer der ergebensten Anhänger der Königin Christine sei. — Von Figueras rühren die Nachrichten bis zum 28. December. Amsterd. ließ am 25ten die Stadt heftig beschießen, am 26ten und 27ten fielen nur einige Schiffe. Man glaubt, die Insurgenten hätten nur noch für zwei Monate Lebensmittel, würden sich bis Ende Februar halten und sich dann nach Frankreich durchzuschlagen suchen.

Drei von den Individuen, die wegen des Attentats auf Narvaez verhaftet waren, sind aus dem Gefängnisse entsprungen. Es sollen gerade die am meisten Verdächtigen sein.

Portugal.

Lissabon, vom 23. December. (A. Pr. Z.) Gestern ist eine telegraphische Depesche aus Castello Branco hier eingetroffen, welche meldet, daß am 19ten d. M. Herr Dlozaga, Ex-Präsident des letzten spanischen Cabinets, daselbst angekommen ist. Wie der heutige Correio Portuguez sagt, stellte er sich der dortigen Behörde mit einem Passe vor, der von einem der auswärtigen Minister zu Madrid ausgefertigt worden war, und der auf einen Kaufmann lautete. Herr Dlozaga soll erklärt haben, er sei durch außerordentliche Umstände zur Flucht aus seinem Vaterlande genöthigt gewesen und bitte um eine Zufluchtsstätte in Portugal. Nach der Versicherung vieler Personen soll er bereits hier im englischen Botchafts-Hotel sich befinden. In den letzten Tagen waren wir hier ganz unerwartet von einer ernstlichen Minister-Krise bedroht. Zwischen dem Herzog von Terceira, Kriegsminister, und dem Hrn. Costa Cabral, Minister des Innern, zwischen welchen Beiden ein in vielfacher Beziehung ähnliches Verhältniß herrscht, wie zwischen dem Marshall Soult und dem Hrn. Guizot im französischen Cabinet, war es zu ernstlichen Mißverständnissen gekommen, in Folge deren Alle ihre Entlassung anboten. Im Palaste aber, wo man mit Recht dem gegenwärtigen Ministerium und besonders dem Herrn Costa Cabral volles Vertrauen schenkt, sie als die festesten Stützen des Thrones und als beste Bürgschaft für Aufrechterhaltung der Ordnung betrachtet, wurden diese Mißverständnisse wieder beseitigt und ausgeglichen, die Minister nahmen ihre Entlassung wieder zurück, und so wurde die bereits drohende Gefahr wieder beschworen.

Großbritannien.

Die Morning-Post giebt an, daß die Stelle eines Oberrichters zu Hong-Kong bereits sieben englischen Juristen vergebens angeboten worden sei, obgleich der Gehalt dieser Stelle 3000 Pfd. St. (75,000 Fks.) betrage. Als Grund giebt man das ungesunde Klima an; Andere sagen, es sei die Schwierigkeit, welche sich bei der Rechtsprechung dadurch ergebe, daß neben den englischen Gesetzen auch noch die einheimischen Rechtsgebräuche zu berücksichtigen seien.

Der Münch. Correspondent meldet aus London vom 24. December u. A.: In einem Augenblick, wo bei allen civilisirten Völkern sich die Männer des Fortschritts in derselben Idee eines freien Handelsverkehrs zusammenfinden, sollte man sich in Deutschland absondern, und den Weg nach rückwärts betreten? Wo die deutsche Industrie seit Jahren bestanden hat, wird sie fort dauern und mit jedem Jahre

höher aufblühen; schon in ihrem dormaligen Bestand ist sie ebenbürtig der englischen und französischen. Wollt Ihr sie aber an Dornen aufzuziehen, wo weder die Natur, noch die Vernunft eine Antwort haben, wollt Ihr sie da aufzuziehen, um Wenigen die Taschen zu füllen, und die natürliche Bestimmung des Landes und seiner Bewohner zu verfälschen, so ist es sehr begreiflich, daß Ihr das jetzige System des Zollvereins ungenügend findet. Ihr verlangt eine kleine Erhöhung des Tarifs, aber täuscht Euch doch absichtlich nicht. Ihr müßt wissen, daß es für Euch nicht möglich ist, zu bestehen, ohne den doppelten, ja dreifachen Aufschlag des Schutzzolls. Dann sind wir aber nicht mehr bei dem schützenden Zoll geblieben, sondern bei dem reinen Verbot angelangt. Und dann seht zu, ob Ihr so groß und reich wie England werdet — daß Ihr aber so elend werdet, als England ist mit seiner Größe und seinem Reichthum, darauf könnt Ihr Euch verlassen.

Osmanisches Reich.

† Schreiben von der türkischen Grenze, vom 1. Januar. — Der Bladika von Montenegro und der Pascha von Scutari liegen sich wegen der Wegnahme der Inseln Lissandria und Branina durch letztern fortwährend in den Haaren, ohne daß übrigens die Anstrengungen des erstern durch irgend einen andern Erfolg gekrönt wären, als daß die Albanesen durch die Montenegriner am Fischen im See von Scutari, welcher wichtiger Erwerbszweig für letztere selbst gesperrt ist, ebenfalls gestört werden. — Die Angelegenheiten des Bladika mit dem Weste von Mostar, welche kaum erst durch einen Friedensschluß geregelt worden, scheinen schon wieder mit einem Bruche bedroht. Thatsache ist, daß die Deputirten, welche der Bezirk von Grahovo zur Erfüllung eines Theils der Stipulationen jenes Vertrags nach Mostar sandte, noch nicht von dort zurückgekehrt sind, ob sie aber daselbst verhaftet, oder wie andere behaupten, als Sünder für die vor einiger Zeit durch die Montenegriner in der Nähe des Klosters Ostrog niedergeworfenen Mächthaber hingerichtet worden seien, wie ein unbestimmtes Gerücht behauptet, ist bis jetzt mit Sicherheit nicht zu erfahren.

Merika.

Nach den neuesten Berichten aus Montevideo vom 19. Decbr. ist der dortige portugiesische Geschäftsträger angewiesen worden, die Stadt innerhalb sechs Tagen zu verlassen, weil man entdeckt hatte, daß er eine verrätherische Correspondenz mit dem Feinde führte. Was die neuesten Niederlagen betrifft, welche jenem Berichte zufolge den argentinischen Truppen beigebracht sein sollen, so scheinen dieselben sich auf ein lebhaftes Vorpostengefecht zwischen dem Obersten Flores und dem General Gomez, welcher letztere die argentinischen Truppen befehligte, beschränkt zu haben. Gomez soll 100 Tödt, 12 Gefangene und mehr als 400 Pferde verloren haben.

Ostindien und China.

Die neuesten Nachrichten aus Indien über Mar-seille gehen bis zum 1. December. Man fürchtet neue Revolutionen in dem Punjab, wo die indisciplinirten und schlecht bezahlten Truppen die Herrschaft haben. Fast alle europäischen Offiziere, die im Dienst Punjab-Sings standen, sind im Begriff, das Land zu verlassen. Die Engländer haben einen Truppencordon an der Grenze aufgestellt. — Im Sind herrschen furchterliche Krankheiten unter der englischen Armee; von 16,000 Mann sind kaum 3000 dienstfähig.

Die Nachrichten aus China sind vom 30. September. Es ist dort alles beim Alten. Der englische Commissar hat einen Supplementar-Traktat mit dem Kaiser von China abgeschlossen, worin sich eine Bestimmung findet, deren Tendenz ist, jedem fremden Gesandten den Aufenthalt in Peking zu untersagen. Man fürchtete, daß hieraus Mißhelligkeiten zwischen den europäischen Mächten entstehen könnten. — Drei Todesfälle werden aus China gemeldet. Es sind gestorben 1) der berühmte englische Dolmetscher Morrison, an dessen Stelle Karl Gutzlaff gekommen ist; 2) der bekannte kaiserl. Commissar Lin und 3) der große Hong-Kaufmann Howqua, der nicht weniger als 15 Mill. Dollars (81 Mill. Fks.) hinterlassen hat.

Miscellen.

Mürnberg. Die schon früher ausgesprochene Meinung, daß das, zum Heile des semperdurstigen Bayernvolkes erlassene Gesetz über Reducirung der Polizeistunde mehr Unzufriedenheit erregen werde, als das Ausschreiben von zwei neuen Steuern, hat sich bereits mehrfach bestätigt. Die Geistlichkeit vom Lande beschwert sich, daß der Nachmittags-gottesdienst auffallend vernachlässigt werde, und die Bauern erwidern, daß der Sonntag für sie der alleinige Tag des Genußes sei, daß, wenn man sie um 9 Uhr aus den Wirthshäusern treibe, sie um so zeitiger hingehen, ergo — sich mit der vormittägigen Seelenspeise begnügen müßten. Von den Kanzeln werden Anathemas geschleudert, die Bauern haben noch niemals eifernere Consequenz bewiesen, als in dieser Sache. Aber wirklich zu bedauern ist es, daß der Geist des Unfriedens sich nicht nur auf dem

tung, einzuschreiten. Auf diesen Satz sich stützend, kann man sehr häufig die Aeußerungen vernehmen: „Nun, wenn ich Nichts mehr habe, erhungern lassen kann man mich doch nicht; man kann mich doch nicht — ich citire wörtlich — auf dem Miste liegen lassen“ u. dgl. Sollte die Gemeinde, wenn ihr die Verpflichtung obliegt, ihre Armen und Kranken zu erhalten und zu versorgen, nicht auch berechtigt werden, da schon einzuschreiten, wenn sie bemerkt, wie man hier und da in ihrer Mitte der öffentlichen Unterstützung muthwillig entgegen eilt? Sollten die Kräfte und das Vermögen solcher Personen nicht, während es noch auf der Reize ist, im Interesse des Ganzen mit Beschlag zu belegen sein? Ich will hierbei noch einen Punkt berühren, der ganz hierher gehört. Wenn jetzt Jemand in der Gemeinde so weit gekommen ist, daß er der allgemeinen Unterstützung bedarf, und er besitzt wohlhabende Verwandte, so wird er ohne Weiteres diesen zugewiesen. Daß ich hier gar nicht von unverschuldeten Zuständen, sondern von solchen rede, die durch Verschwendung, Müßiggang, Ausschweifung u. selbst herbeigeführt worden sind, will ich zum Ueberflus noch bemerken, obgleich es sich wohl von selbst verstehen mag. Ist es billig, jetzt den wohlhabenderen Verwandten die Unterhaltung eines der Hülfsbedürftigen ohne Weiteres aufzubürden. Wo eine Pflicht ist, da soll stets gegenüber ein Recht sein. Nehmen wir nun zwei Verwandte A. und B. an. A. ist ordentlich, fleißig, arbeitet täglich ein paar Stunden mehr, versorgt sich fast jedes Vergnügen, um die Seinen wohl zu versorgen, um einen Pfennig zu sparen für die Tage des Alters und der Noth. B. ist ein Müßiggänger, der aus einem Trinkhause ins andere, von einer Spielbank zur andern u. geht. A. sieht, wohin das führen wird; allein er hat nicht das Recht, etwas dagegen zu thun. Erst wenn B. Alles verschwendet hat, wenn sein verwüsteter Körper zur Arbeit unfähig ist, dann wird er in Anspruch genommen, dann muß er die Pfennige, welche er für seine Familie, für seine Tage der Noth und des Alters durch Fleiß und Sparsamkeit gesammelt hat, nehmen, um sie einem lüderlichen Menschen zu reichen, der zufällig sein Bluts-, wenn auch weder Geistes-, Herzens- und Charakter-Verwandter ist. Ich frage, ist es billig, solche Pflichten Jemanden aufzuerlegen, ohne ihm ein denselben völlig entsprechendes Recht einzuräumen? Billig, von Einem zu verlangen, was offenbar die Gemeinde zu tragen hat, welche durch ihre ganze Verfassung auf der einen Seite es gestattet, daß Jemand so lange lüderlich sein kann, bis er fremder Hülfe zur Last fallen muß, und auf der andern dem Einen, den sie dann mit Pflichten in Anspruch nimmt, das Recht versagt, die Verwandten, welche offenbar dem Elende entgegen eilen, zur Arbeit zu zwingen, oder darauf anzutragen, daß sie durch eine kompetente Behörde dazu gezwungen werden. Sollte dieser Gegenstand nicht eine größere Aufmerksamkeit verdienen?

Patschkau, vom 6. Januar. — Bei der letzten im Monat December v. J. erfolgten Einwohnerzählung ergab sich eine Zahl von 3762, excl. des Militärs, das 121 Köpfe zählt. — Die Städteordnung zählt (nach §. 10) diejenigen Städte, die 3500 bis 10.000 Seelen haben, unter die Mittelstädte oder zweite Klasse, welches aber auf die Gewerbesteuer Veranlagung keinen Einfluß hat, bei welcher Patschkau zur dritten Klasse gehört, und vermöge seiner gewerbslosen Lage in selbiger verbleiben dürfte. — Der provincialständische Ausschuss für Errichtung eines Landrathshauses zu Breslau hat abermals eine Aufforderung zur „Bautkosten-Antheils-Zeichnung“ erlassen. Ob unsere Stadtverordneten-Versammlung bei bisheriger Verweigerung beharren oder nachträglich die Concurrenz anerkennen werde, ist noch unbekannt.

Erwiderung

auf das im Interesse der „schlesischen Schullehrer-Zeitung“ mitgetheilte Gerücht.

Die Beilage zur zweiten diesjährigen Nummer der „schlesischen Zeitung“ enthält unter der Angabe: „Aus der Provinz, vom 30. December“ als Gerücht: „Es hätten einige Lehrer (muthmaßlich) in Goldberg die Concession zu einer zweiten Zeitschrift für das evangelische Schul- und Erziehungswesen nachgesucht und auch erhalten.“ Der Einsender dieser Mittheilung bedauert dies, weil die bereits bestehende „schlesische Schullehrerzeitung“ für diesen Zweck vollkommen ausreiche. Er fügt im Interesse dieser Zeitschrift hinzu: bei der Tüchtigkeit der Redaktion derselben und unter der Bedingung, daß die Schrift mit Ausschluß aller kriechenden und hündisch webelnden Aufsätze den Fortschritt stets mannhaft vertrete, sei zu wünschen, daß die Theilnahme der Lehrer an der „schlesischen Schullehrerzeitung“ bald so allgemein werde, daß die Zeitung wöchentlich erscheinen könne, wozu es an Stoff sicher nicht fehlen werde. Auf die angeblich als Gerücht bezeichnete zweite Zeitschrift dieser Art

wirft der Einsender mißtrauisch fragende Blicke in Bezug auf die etwaige Richtung derselben, auf die Tüchtigkeit ihrer Herausgeber und Leiter, ja auch auf den Ort ihres Erscheinens, und schließt mit der Bemerkung: „Das kann Niemand leugnen — und die Lehrer der Provinz werden hoffentlich zustimmen — eine gute pädagogische Zeitschrift ist besser, als zwei schlechte.“

Hierauf diene Nachstehendes zur Erwiderung:

Die Concession zu einer pädagogischen Zeitschrift ist von den Lehrern in Goldberg in der That nachgesucht und Unterzeichnetem zu Theil geworden, der die Schrift als Redakteur unter alleiniger Verantwortlichkeit und mit völlig freier Hand leiten wird. Die von ihm redigirt werdende pädagogische Zeitschrift hat aber nicht, wie angeblich das Gerücht besagt, „das evangelische Schul- und Erziehungswesen“ allein zum Zwecke, dasselbe auch nicht im Allgemeinen, sondern das gesammte Volksschulwesen ohne Ausschluß einer Konfession, und zwar nur das schlesische. Auch ist die Zeitschrift nicht etwa eine schlesische Schullehrerzeitung, sondern eine schlesische Volksschulzeitung, also nicht vorherrschend ein Lehrblatt, sondern eigentlich eine Kommunalchrift, d. i. eine Zeitschrift für die Kommunen in Stadt und Land unserer Provinz, weshalb sie auch den Titel führt: „Schlesische Volksschul-Zeitung — Kommunalchrift für das gesammte schlesische Volksschulwesen.“ Die Tendenz der Schrift besteht darin: in den Kommunen den Sinn für das schlesische vaterländische Volksschulwesen, als eine der wichtigsten Kommunal-Angelegenheiten jedes Ortes zu wecken und zu beleben und das einmüthige und thatkräftige Zusammenwirken aller der Personen zu fördern, die an dem schlesischen Volksschulwesen überhaupt und an dem der einzelnen Orter insbesondere theilhaftig sind. Die Schrift geht aus der lebendigen Ueberzeugung hervor: das Volksschulwesen befindet sich in fortwährender Entwicklung; die Bahn hierzu ist in der Epoche, zu welcher die Gegenwart noch gehört, durch die vom Staate getroffene organische Gliederung in Verwaltung des Volksschulwesens von einem hohen Ministerio des Kultus an, durch die höhern und hohen Behörden hindurch, bis zu den Ortschulvorständen herab gebrochen worden und wird durch dieselbe fort und fort geleitet; auf diesem staatsgesetzlichen Wege liegen noch mannigfache Reime der Entwicklung, kräftigerer Anregung bedürftig, unter andern das Institut der Ortschulvorstände in den Städten und auf dem Lande, in deren Händen die ort- und zeitgemäße Anwendung und Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen ruht, ein Institut, das vieler Belebung bedarf; es liegt in dem Willen der Staatsbehörden und im Geiste der Gesetze, daß das Volksschulwesen in und aus dem Volke sich fortentwickle und gestalte, mehr und mehr Volkssache werde und sich nach und nach zu der lebensvollen und lebenskräftigen National-Bildungsanstalt erhebe, aus welcher ein in jeder Hinsicht tüchtiges Volk hervorgeht; die Volksschule steht in Verbindung und Wechselwirkung mit Haus, Kirche und Staat, nur durch inniges Zusammenwirken dieser Volksbildungs-Anstalten kann das Volksschulwesen gedeihen. — Die „schlesische Volksschulzeitung“ stellt sich vermittelnd zwischen diese die Volksbildung bedingenden Gewalten, deren gemeinsamen Einfluß auf das Volksschulwesen fördernd. Eben deshalb tritt sie als Zeitung auf, nicht allein insofern, als sie periodisch, nämlich allmonatlich in je zwei Bogen erscheint, sondern wesentlich dadurch, daß sie in die jederzeitigen Zustände und Verhältnisse des Volksschulwesens eingreift. Ihre Eigenthümlichkeit soll in dem anregenden Elemente bestehen, welches durch alle ihre Mittheilungen sich hinziehen und besonders in ihren Korrespondenzartikeln hervortreten wird. Sie soll das Gute, was an einzelnen Orten für das Volksschulwesen geschieht und geschehen, veröffentlichen, soll Rath und That mittheilen zu Beseitigung von Uebständen, welche das Gedeihen des Volksschulwesens hindern, soll ein Band werden zwischen den vielen und verschiedenen Schulsozialitäten der Provinz, ein Sprechsaal, sowohl für Schulvorgesezte und Lehrer, als auch für Kommunalglieder, Eltern und Schulfreunde, kurz ein gemeinsames Organ für Alle, denen das Wohl der vaterländischen Schuljugend und deren Bildungsanstalten am Herzen liegt. — Der erste Bogen der „schlesischen Volksschulzeitung“ ist zum 1. Januar c. an die königlichen Regierungen, an alle geistliche und weltliche Kreisvorgesetzte der Provinz ohne Unterschied der Konfession und an sämtliche Magistrate, als städtische Schulpatrone, abgesendet worden, mit der Bitte: den Anfang der Schrift, der über Plan und Korrespondenz das Nähere enthält, in ihren Aufsichts- und Verwaltungskreisen in Cours zu setzen, zu Bildung von Lesekreisen in den Stadt- und Landgemeinden aufzufordern, (durch welche Einrichtung theils die Schrift eine weitere Verbreitung erhält, theils der an die Postämter vierteljährig zu zahlende Abonnementspreis von elf Silbergroschen drei Pfennigen für den Einzelnen weniger fühlbar wird), und

geeignete Personen zu fortwährender Korrespondenz mit der Redaktion gegen entsprechendes Honorar zu veranlassen.

Aus dieser, durch Mittheilung des obengenannten Gerüchtes hervorgerufenen Auseinandersetzung meines bereits ins Leben getretenen, zu Förderung des vaterländischen Volksschulwesens begonnenen Unternehmens erhellt, daß die „schlesische Volksschulzeitung“ hauptsächlich für einen andern Kreis von Lesern und korrespondirenden Theilnehmern bestimmt ist, als die „schlesische Schullehrerzeitung“, so wie sie sich auch von dieser durch umfangreichere, wenn auch ähnliche, Tendenz, unterscheidet. Ich kann die in der Mittheilung jenes Gerüchtes versteckt liegende Befürchtung, als werde die Schullehrerzeitung durch mein Unternehmen Abbruch erleiden, nicht theilen. Warum sollten nicht beide Zeitschriften neben einander bestehen, warum nicht vielmehr gegenseitig sich fördern können? Wenn auch die Lehrer zu Bildung von Lesekreisen für die Volksschulzeitung in ihren Gemeinden thätig sind, so werden sie dennoch die für ihre Fortbildung besonders bestimmte, so billige Schullehrerzeitung auch ferner lesen und wird bei den Voraussetzungen, welche der Einsender im Interesse dieser Schrift aufstellt, ihre Theilnahme an derselben auch zunehmen. An Stoff zu Mittheilungen werde es ja, was geäußert wird, nicht fehlen, und so wird schwerlich Mangel an solchen entstehen, wenn auch ein Theil der Lehrer mich durch Korrespondenzen und andere Aufsätze erfreut. Sollte etwa der Einsender befürchten, daß ich durch mein Unternehmen eine Opposition gegen die Schrift, in deren Interesse er schreibt, bilden wolle, so bitte ich ihn, in den Eröffnungsworten meiner Zeitung meine Aeußerung über die „schlesische Schullehrerzeitung“ nachzulesen; auch bin ich bereit, die, beiden Zeitungen zum Grunde liegende gemeinsame Idee in meiner Zeitschrift offen und wahr nachzuweisen. Ob die mißtrauischen Aeußerungen des Einsenders gegründet sind, das wird der Verfolg meiner Zeitschrift lehren, die sich in ihren eigentlichen Geschäftsaufträgen und Korrespondenzartikeln über alles Persönliche stellt und ohne Leidenschaftlichkeit, ruhig, fest, offen, wahr und im Geiste der Humanität die Volksschulangelegenheiten verhandeln wird. Vorläufig verweise ich den Anonymus an den Hrn. Redakteur der „schlesischen Schullehrerzeitung“, dem ich sowohl persönlich, als auch in pädagogisch-literarischer Hinsicht bekannt bin. Durch seine Schlussbemerkung hat Ersterer uns Beiden eben keine Schmeichelei gesagt. Meine Zeitschrift kann und wird indeß die „schlesische Schullehrerzeitung“ nicht schlecht machen; im Gegentheile werde ich mich bestreben, dem anerkannt tüchtigen Herausgeber und Leiter derselben nachzueifern, damit die „schlesische Volksschulzeitung“ auch eine gute Schrift sei und das Publikum im Gegensatz zu des Anonymus Schlussbemerkung sagen könne: das kann Niemand läugnen — und die Lehrer der Provinz werden hoffentlich zustimmen — zwei gute pädagogische Zeitschriften sind noch besser als eine gute. — Uebrigens hat mir der Einsender durch seine Annonce den Dienst erwiesen, daß ich bin veranlaßt worden, mich über mein begonnenes Unternehmen in einer weit und breit gelese- nen Zeitung auszusprechen und dasselbe zu allgemeiner Beachtung und Theilnahme zu empfehlen.

Goldberg den 5. Januar 1844.

Der Lehrer Hinkel.

Bekanntmachung.

Vom 1. October bis ult. Dec. 1843 sind der hiesigen Armen-Casse zugegangen:

A. Vermächtnisse.

1) Von der verw. Frau Regierungs-Calculator Regel 1000 Rthlr. — 2) Von dem Partikulier Hrn. Landshutter 50 Rthlr. — 3) Von dem Partikulier Herrn Fried. Wiesner 25 Rthlr.

B. Geschenke.

1) Von dem Commissionair Herrn Anders 20 Sgr. 10 Pf. — 2) Von einem Ungenannten 20 Rthlr. — 3) Von dem Bäckermeister Herrn Schramm 1 Rthlr. 9 Sgr. 6 Pf. — 4) Von dem Kaufm. Herrn Tschirnsch, die von dem Königl. Hochwoblsblichen Polizei-Präsidium hieselbst überwiesenen 2 Rthlr. — 5) Von dem Besitzer des Affentheaters Herrn Uhlmann, die Einnahme von der am 1. Nov. c. gegebenen Vorstellung zum Besten der Armen, mit 4 Rthlr. 9 Sgr. — 6) Von einem Ungenannten 8 Rthlr. — Von dem Mauermeister Herrn Studt 20 Sgr. — 7) Von dem Maschinenmeister bei der ober-schlesischen Eisenbahn Herrn Schlarbaum aus einer Vergleichsache B. c. a. S. 2 Rthlr. — 8) Von Kaufm. Herrn Pausnig 15 Sgr. — 9) Von dem Hausbesitzer Herrn Wiesner 1 Rthlr. — 10) Von dem Schiedsmann Kaufm. Hrn. Sturm aus einer Vergleichsache 1 Rthlr. 11 Sgr. — 11) Von dem Gerbermeister Herrn Windberger 15 Sgr. — 12) Von dem Gerbermeister Herrn Windberger 15 Sgr.

Breslau, den 5. Januar 1844.

Die Armen-Direction.